

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 43

SONNTAG, 8. April 1934

Aus dem Inhalt:

Dr. Richard Kern: Der Etat des Betrugs

Der Generaldirektor der Räuberbande

Severing zerstört Verleumdungen

Koloman Wallischs letzter Marsch

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Treibt Deutschland zum neuen Krieg?

Rettung nicht durch den Krieg, sondern vor dem Krieg!

Seit die Regierung Hitler besteht, ist der Blick ihrer Gegner auf zwei Komplexe gerichtet, von deren Entwicklung sie ihre Schwächung und schließlich vielleicht sogar ihren Sieg erhoffen: auf die Wirtschaft und die Außenpolitik. In dieser Hoffnung liegt mit eingeschlossen die bittere Erkenntnis, daß die innerpolitischen Gegenkräfte heute bei weitem noch nicht stark genug sind, den Kampf mit dem System auf Tod und Leben aufnehmen zu können. Erst wenn die totale Finanz- und Wirtschaftspolizei dem ganzen Volk die Augen geöffnet hat oder wenn eine außenpolitische Krise entsteht, die sich als Vertrauenskrise gegen das System auswirkt, erst dann, so glaubt man, wird sich aus dem Zusammenwirken objektiver und subjektiver Kräfte eine Bewegung ergeben, die den Sturz des Systems herbeiführt.

Dieser Glaube — es bleibt zunächst dahingestellt, ob er falsch oder richtig ist — veranlaßt die Gegner des Systems dauernd, ihre gespannte Aufmerksamkeit den wirtschaftlichen und außenpolitischen Verhältnissen zuzuwenden. Doch sind die Verhältnisse auf diesen Gebieten so verworren und unübersichtlich, daß es außerordentlich schwierig ist, einen klaren Vorausblick auch nur für kurze Zeit zu gewinnen. Das gilt ganz besonders für das Gebiet der Außenpolitik.

Drohende Kriegsgefahr.

Alle Beurteiler stimmen darin überein, daß zu keiner Zeit seit dem Ende des Weltkrieges die Kriegsgefahr so drohend war wie jetzt. Der Wechsel des Regierungssystems in Deutschland, die Machtergreifung durch eine Partei, die in der ganzen Welt schlechthin als die Kriegspartei gilt und die geradezu demonstrativ betriebene Aufrüstung unter offener Beiseiteschiebung aller noch vorhandenen Bindungen hat in ganz Europa die tiefste Beunruhigung erzeugt. Die Aufrüstung und die österreichische Frage, das schien zunächst die beiden Gefahrenpunkte, an denen sich ein neuer Weltbrand entzünden konnte.

Mittlerweile ist klar geworden, daß ein Versuch, Deutschland gewaltsam zu seinen Verpflichtungen aus dem Friedensverträge zurückzuführen, von keiner Seite unternommen werden wird. Das neue Wettrüsten ist im Gange, aber der Krieg steht nicht an seinem Anfangspunkt, sondern an seinem Endpunkt. Wo sich dieser befindet, vermag niemand zu sagen.

Auch die österreichische Frage steht heute nicht mehr so, daß sie unmittelbar zu einem Kriege führen könnte. Ein solcher Krieg müßte ein Krieg zwischen Deutschland und Italien sein, Deutschland hat sich vorläufig aus Österreich zurückgezogen, weil es einen europäischen Krieg, in dem sich Italien auf der Seite der Gegner befindet nicht wollen kann.

Damit haben beide Punkte, an denen sich ein Krieg entzünden könnte, für den Augenblick an Gefährlichkeit verloren. Die unmittelbaren Anlässe für den Kriegsausbruch treten zurück; die allgemeinen Ursachen bestehen fort und verstärken sich.

Die Tatsache, daß niemand den Krieg will — auch Hitlerdeutschland nicht, das für seine Rüstungen Ruh braucht — gibt

keine Sicherheit. Auch 1914 hat niemand den Krieg „gewollt.“ Aber nicht alle haben so gehandelt, als ob sie den Frieden um jeden Preis erhalten wollten und das allein hat schon genügt, ihn zu vernichten. Daß jetzt „Juden und Marxisten“ die Kriegsgefahr vermehrten, indem sie zum Krieg gegen Deutschland hetzten, ist eine blöde nationalsozialistische Agitationslüge. Selbst wenn einige Emigranten, die fern von jeder sozialdemokratischen Politik stehen, solche Absichten haben sollten — welcher Regierung will man zumuten, sie lasse sich statt von den Interessen ihres eigenen Landes von den Wünschen einiger Emigranten leiten?

Deutschlands Aufrüstung.

Deutschland hat vor dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft nicht zu den hochgerüsteten Staaten gehört, aber es war auch nicht „wehrlös“. Allgemein war anerkannt, daß die Reichswehr auf ihrem Gebiet ausgezeichnete Arbeit geleistet hatte. Man kann ihr auch am allerwenigsten den Vorwurf machen, daß sie sich allzueng und allzuchstabengläubig an die Bestimmungen des Versailler Vertrages gehalten hätte. Im Anschluß an die glänzend ausgebildeten Kadern der Reichswehr konnte die Aufstellung eines sport- und waffengewandten Volksheeres in kürzester Frist erfolgen. Der technische Fortschritt fremder Armeen wurde ständig in Evidenz gehalten und die Möglichkeit geschaffen, ihn rasch einzuholen, wenn nicht zu überflügeln. Von Tanks, schweren Geschützen und Bombenflugzeugen waren Modelle aller Art vorhanden; in jedem Augenblick in dem es notwendig war, konnte die Serienproduktion mittels eines ausgezeichneten Apparats beginnen. Es gab sogar Militärtheoretiker, die dem kleinen durchgebildeten Berufsheer der Deutschen vor den stehenden Heeren anderer Staaten den Vorzug gaben und die einen Vorteil darin erblickten, daß Deutschland im Kriegsfall mit den allerneuesten frisch hergestellten Vernichtungswerkzeugen und nicht wie die anderen mit auf Lager gehaltenen vielleicht schon veralteten ins Feld ziehen sollte.

Auf alle Fälle: für eine besonnene Außenpolitik reichte die bewaffnete Macht, wie sie bei Hitlers Regierungsantritt vorhanden war, durchaus. Es entspricht dem Wesen des Nationalsozialismus, daß er, wie auf allen Gebieten, so auch auf diesem, an die Stelle der ruhigen sachlichen Arbeit die mit Bombast und Indianergeheul zur Schau getragene Vielgeschäftigkeit gesetzt hat. Das imponiert dem unpolitischen Spießbürger und dieser wird auch — darüber wollen wir uns nicht täuschen — dem Hitlerismus es zunächst als ein Plus anrechnen, daß er wie man so schön sagt, Deutschland „aus den militärischen Fesseln von Versailles befreit“ und „seine Waffenehre wieder hergestellt“ hat. Daß er in Wirklichkeit alle möglichen Gegner der Zukunft in unsinniger Weise gereizt und durch sein bestialisches Unterdrückungssystem im Innern die moralischen Kräfte der Landesverteidigung zerstört hat, wird der Spießbürger niemals begreifen, wenn er es nicht eines Tages zu spüren bekommt.

Alles auf eine Karte.

Diese schwindelhaft, bombastische,

demonstrative und provokatorische Aufrüstung ist aber die Karte, auf die das nationalsozialistische Abenteuer alles gesetzt hat. Dieser Aufrüstung zuliebe hat es sich wie ein geprügelter Hund aus Oesterreich wieder herausgeschlichen. Ihr zuliebe erniedrigt es sich dazu, den verachteten „Polacken“ Liebesgefühle vorzutauschen und auf Westpreußen, Posen und Oberschlesien feierlichst zu verzichten. Ihr zuliebe macht Göring in französischen Blättern der Pariser Regierung Freundschaftsangebote, die mit eisigem Schweigen beantwortet werden. Die ganze Außenpolitik der Regierung ist eine Kette von Handlungen, die nach dem früheren nationalsozialistischen Jargon ärgste nationale Demütigung und hunds-gemeinster Landesverrat heißen müßten.

Wäre eine andere Regierung in Deutschland am Ruder und die NSDAP, in der Opposition, so wäre schon längst die Frage gestellt worden, mit wieviel italienischen Lira und polnischen Zlotys der Außenminister geschmiert worden ist.

Der „Sinn“ des Ganzen — soweit von Sinn hier überhaupt noch die Rede sein kann — ist, durch eine zur Schau getragene Friedensliebe die Welt zu beruhigen und alle Störungsmomente von der Aufrüstung fern zu halten. Was man sich auf der einen Seite an Dreistigkeit leistet, sucht man auf der anderen durch Unterwürfigkeit zu kompensieren. Dies alles mit dem Hintergedanken: „Na, wenn wir erst soweit sind...!“

Merkwürdigerweise hält man den Gegner nicht für klug genug, diesen Hintergedanken zu erraten und sich entsprechend einzurichten!

Finis Germaniae?

Alles in allem besteht die Außenpolitik des Hitlerreiches darin, daß sie alle Fehler des Kaiserreiches in gigantischer

Vergrößerung wiederholt und alle Dummheiten Wilhelms II. in verzehnfachtem Format noch einmal begeht. Denkt man sich diese Linie bis an ihr natürliches Ende fortgesetzt, so findet man als Abschluß einen neuen europäischen Krieg und die Zerstörung Deutschlands. Das ist kein leeres Wort und keine bloße Uebertreibung. Nicht noch einmal würden die Gegner Deutschlands ihr Kriegsziel in einer möglichst weitgehenden finanziellen Belastung und Entwaffnung des Besiegten suchen. Kann man aber einen Gegner nicht durch Entwaffnung und Schuldklaverei unschädlich machen, dann bleibt nur die Zerstückelung als Kriegsziel übrig. Dieser Zerstückelung arbeitet der Nationalsozialismus aufs wirksamste vor, indem er gegen seine Allerweltsverpreußung im katholischen Westen und Süden separatistische Strömungen züchtet.

Der Nationalsozialismus ist der Todfeind und die Lebensgefahr Deutschlands. Kampf gegen ihn ist nicht nur international-sozialistische, er ist auch nationale Pflicht. Soll nicht ganz Europa ein Trümmerhaufen werden unter dem der zerrissene Kadaver Deutschlands liegt, dann darf man nicht mit den Händen im Schoß der Katastrophe entgegensehen, sondern muß alles tun, um sie zu verhindern. Europa und Deutschland sind zu retten nicht durch außenpolitischen Fatalismus, sondern nur durch innerpolitische Aktivität. Die Kräfte, die für sie zur Verfügung stehen, sind noch schwach. Sie zu stärken und zu sammeln ist die Aufgabe. Sie können wachsen mit den wirtschaftlichen, den außenpolitischen Schwierigkeiten. Ihre Tendenz aber muß sein, nicht die Katastrophe abzuwarten, sondern ihr zuvorzukommen!

Friedrich Stampfer.

Severing zerstört die Lügen

Ein trecher Schwindel der Faschistenpresse entlarvt

Ein Versuch der braunen Propaganda, Verwirrung in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter zu tragen, ist zusammengebrochen. Seit zwei Wochen wurde in der ganzen Welt die Nachricht verbreitet, Carl Severing sei den Weg zum Hakenkreuz gegangen. Was diese Lüge bezweckte, ist ganz klar. Sie sollte nicht nur den Mann treffen, sondern auch die Partei. Ein Bubenstück, eronnen, um einen Mann zu vernichten!

Gestützt auf die Rheinisch-Westfälische Zeitung veröffentlichte das „Neue Wiener Journal“ am 22. März die folgende Nachricht:

In Berlin ist soeben die aufsehenerregende Broschüre des bekannten ehemaligen Sozialistenführers und früheren preußischen Innenministers Carl Severing, betitelt „Mein Weg zu Hitler“, erschienen. In dieser Broschüre beweist Severing, daß von seinem „Uebergang“ zu den Nationalsozialisten keine Rede sein kann, da er in der Tiefe seiner Seele stets für Hitler Sympathie gehabt hat. „Niemand kann mir den Vorwurf machen, daß ich Mangel an nationalem Selbstbewußtsein habe“, schreibt Severing. „Ich habe meine Dienst-tätigkeit im Jahre 1919 mit einem Kampf gegen

die linksradikalen Elemente des deutschen Volkes begonnen. Diesen Kampf setzte ich im Jahre 1920 fort, und bei Unterdrückung der Unruhen in Mitteldeutschland im Jahre 1921 wurde nichts gegen die rechtsstehenden Elemente unternommen.“ Weiter schreibt Severing ausführlich über die Unterdrückung des Kapp-Putsches durch ihn. Diese Tatsache kann nicht abgestritten werden. Auch hier findet der ehemalige sozialistische Minister eine Rechtfertigung für sich. Vor allen Dingen schätzte Kapp seine nationalen Einstellungen und wollte ihn sogar als Landschaftsminister in sein Kabinett berufen. Aber Kapp war nicht Hitler. „Kapp war ein Monarchist“, schreibt Severing, „während Hitler ein Republikaner ist. Das ist eine prinzipielle Differenz, die die Kommunisten nicht verstehen. Schon im Jahre 1932 sagte ich auf einem Kongreß: »Wenn der Nationalismus de facto bewiesen wird, daß er in der Lage ist, eine furchtbare Tätigkeit zu entfalten, so wird die sozialdemokratische Partei diese Bewegung anerkennen. Mein ehemaliger Parteigenosse Paul Loebe hat bereits den Nationalsozialismus anerkannt. Nun folge ich seinem Beispiel. Als Deutscher bin ich mir und meiner Politik treu geblieben und habe auf diese Weise meinen Weg zu Hitler gefun-

Gen. Am 20. Juni 1932 habe ich mich der Gewalt unterworfen. Jetzt aber folge ich der Stimme meines „deutschen Herzens“.

An diese Nachricht, die in der ganzen Welt verbreitet wurde, ist eine Fülle von Betrachtungen geknüpft worden.

Aber die Nachricht selber ist eine frohe Erfindung. Die Sätze, die Severing unterstellt worden sind, sind niemals geschrieben worden. Die Broschüre „Mein Weg zu Hitler“ ist niemals geplant, noch geschrieben, noch gedruckt worden!

Carl Severing hat einem Journalisten eine Erklärung abgegeben, die in „Het Volk“ in Amsterdam und „Ekstrabladet“ in Kopenhagen veröffentlicht worden ist. Sie lautet:

„Im letzten Sommer habe ich begonnen, meinen Lebenslauf darzustellen, der mich von der Volksschule und von der Werkstatt in die Staatsleitung geführt hat. Es sollte eine Art Autobiographie sein und ein Versuch, den Lebenslauf der Männer zu zeichnen, die Deutschlands politische Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren in der Leitung und Verwaltung des Staates mitbestimmt haben. Diese Arbeit, die in keiner Weise beansprucht, ein politisches Memorenwerk zu sein, ist noch lange nicht abgeschlossen, und was in den letzten Wochen über seinen Inhalt mitgeteilt wurde, findet keine Stütze in den fertiggestellten Abschnitten. Besonders enthalten sie nicht einen einzigen Satz von dem, was in der „R. W. Z.“ zitiert worden ist. Ich wäre der Presse dankbar, wenn sie keine weiteren Kommentare veröffentlichen wollte, bevor meine Arbeit abgeschlossen und herausgegeben worden ist.“

Außerdem veröffentlicht „Ekstrabladet“ den Inhalt eines Telefongesprächs, das sein Vertreter am Sonntag dem 1. April mit der Wohnung Severings in Bielefeld geführt hat. Der Vertreter des Blattes erreichte bei seinem Anruf nur den Sohn Severings, Ludwig. Der Sohn erklärte, daß sein Vater krank zu Bett liege, da er infolge der lügenhaften Mitteilungen in der Presse einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten habe.

Ludwig Severing erklärte auf die Frage des Vertreters des Kopenhagener Blattes: „Es ist nicht wahr, daß mein Vater ein Buch oder eine Broschüre „Mein Weg zu Hitler“ geschrieben hat.“

Der Vertreter des Blattes fragte weiter: „Ist es auch unwahr, daß Ihr Vater dem Buch den Titel „Mein Weg zu Hitler“ gegeben hat?“

„Aber natürlich. Alles, was darüber erzählt und geschrieben worden ist, ist Unwahrheit und reine Erfindung. Mein Vater ist tief verzweifelt über die Gerüchte, die in diesen Wochen in Umlauf gesetzt worden sind.“

Ich bitte Sie daher, sie so kräftig wie möglich zu dementieren.“

Damit ist völlige Klarheit geschaffen. Der verruchte Plan, Severing als Renegaten hinzustellen, um ihn zu erledigen und um der Sozialdemokratie einen Schlag zu versetzen, ist zerstört. Es bleibt die Frage: Wo sitzen die Erfinder dieses Planes? Wer hat die dreisten Lügen über Severing in die kapitalistische Hetzpresse lanciert?

Das Schicksal Ernst Heilmanns

Ernst Heilmann, der Vorsitzende der früheren sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen, der im Herbst vorigen Jahres vom Konzentrationslager Oranienburg nach dem Lager Börgermoor gebracht und eines Tages mit ernstlichen Schußwunden in das katholische Krankenhaus Papenburg aufgenommen wurde, ist, wie wir vernahmen, aus diesem Krankenhaus entlassen worden. Heilmann ist nicht nach Börgermoor zurückgebracht, aber auch nicht in Freiheit gesetzt worden. Er befindet sich als Gefangener der Gestapo in einem Gefängnis bei Berlin. Sein körperlicher und geistiger Zustand ist im Gefolge der furchtbaren Behandlung im Konzentrationslager der eines gebrochenen Mannes. Der früher so hoch begabte Mann, einer der besten Redner im Parlament, macht einen abgestumpften und geistesabwesenden Eindruck. Dies ist auch der Grund, warum man es nicht wagt, diesen Mann, der für das dritte Reich kaum mehr gefährlich sein kann, auf freien Fuß zu setzen. Man fürchtet, daß allein der Anblick seines Zustandes gegen das Regime zeugen würde. (Het Volk, 31. III. 1934.)

Staatsrat Marum in den Tod getrieben

Ein Opfer der Schutzhaftfolter

Wiederum ist einer der Besten dem Dritten Reich zum Opfer gefallen. Die Geheimne Staatspolizei in Karlsruhe teilt mit, daß sich der frühere sozialdemokratische Staatsrat Dr. Marum in seiner Zelle im Konzentrationslager Kislau in der Nacht vom 28. zum 29. März erhängt hat. Scheinhellig wird hinzugefügt, man kenne die Gründe nicht, die Marum zum Selbstmord getrieben haben. Es bestehe die Vermutung, „daß Marum in einem Anfall von Schwermut die Tat vollbracht hat, da seine Beurteilung oder Haftentlassung ihm vorerst nicht in Aussicht gestellt werden konnte“.

In Wirklichkeit kennt die Gestapo die Gründe für den verzweifelten Schritt von Marum besser als jeder andere. Marum befand sich seit Mai 1933 in Schutzhaft. Er war

einer der ersten, dessen sich die Nationalsozialisten bemächtigten. Denn er war einer von denen, die sie am meisten fürchteten. Rechtsanwalt von Beruf, von Jugend an Sozialdemokrat, als uneigennütziger Mensch von Freund und Feind geachtet, geliebt von seinen Parteiliebenden, denen er in jeder Lage ebenso klarblickender Führer wie hellender Freund war, wußten sie, daß ihr Regime an ihm einen unerbittlichen und aufrechten Gegner finden würde. Seine ersten Briefe aus der Schutzhaft legen ebenso wie sein Verhalten nach einmonatiger Haftdauer Zeugnis davon ab, daß man seinen aufrechten Willen nicht zu beugen vermocht hat. Als vor einigen Wochen auch führende badische Sozialdemokraten aus der Schutzhaft entlassen wurden, behielt man Marum als einzigen zu-

rück, weil er sich weigerte, einen Revers zu unterschreiben, daß er nach seiner Entlassung nach Palästina gehe.

Aufrecht und treu wie wir Marum, den Freund und Kampfgefährten des im Weltkrieg gefallenen Ludwig Frank, in jahrzehntelanger Arbeit für die Arbeiterklasse kennengelernt haben, wird er im Gedächtnis seiner zahlreichen Freunde weiterleben: dem Naziregime in seinem Tode ein ebenso unversöhnlicher Gegner, wie er sein ganzes Leben gegen Knechtschaft und Ausbeutung, für Freiheit und Aufstieg gekämpft hat. Nachträglich bewahrt sich, was seine Häsher bei seiner Einlieferung ins Konzentrationslager den Wachmannschaften einschärfte: er sei ein badischer Rathenau und müsse deshalb besonders streng behandelt werden.

Der Riesenpolyp NSDAP

Zentralisierung des Raubzuges — Hitler und die Seinen als Vorkriegsgewinnler

Der Reichsschatzmeister der NSDAP, Schwarz, ist von Hitler zu seinem Generalvollmächtigten in allen vermögensrechtlichen Angelegenheiten der NSDAP. ernannt worden. Der „Völkische Beobachter“ kommentiert diese Ernennung dahin, daß diese Generalvollmacht von weitgreifender Wirkung sei und geeignet, die Einheit von Partei und Staat auch auf solchen wirtschaftlichen Gebieten zu sichern, die nicht der staatlichen Finanzverwaltung allein vorbehalten sind.

Die NSDAP. ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, sie ist gewissermaßen der Vorgesetzte des Staates. Herr Schwarz ist der Generaldirektor dieser Körperschaft, die oberste Spitze eines zweiten Schröpfungsapparates für das deutsche Volk. Schröpfungsapparat Nummer eins ist der nationalsozialistische Staat, Nummer zwei die nationalsozialistische Partei. Nummer zwei lebt parasitär von Nummer eins, schröpft daneben aber auch noch das Volk direkt! Die Beziehungen zwischen Partei und Staat sind damit im allgemeinen völlig klargestellt.

Die NSDAP. ist die Organisation des größten Diebstahls, der jemals an einem Volke verübt wurde.

Im „Völkischen Beobachter“ setzt Herr Schwarz auseinander, über welchen Apparat er für seine Zwecke verfügt. Es ist eine umfassende Finanzverwaltung, die neben der staatlichen Finanzverwaltung steht. Dabei sind die politischen Gauleiter der NSDAP. entmachtet worden. Die Gauschatzmeister und Kassenswarten werden Herrn Schwarz direkt unterstellt. Er selbst äußert sich darüber:

„Gerade diese Unterstellung der Gauschatzmeister und Kassenswarten der Bewegung unter mich, soll die Gauleiter frei machen für ihre großen politischen Aufgaben, die sie in der Bewegung und auch im Staat zu erfüllen haben. Völlig frei und unabhängig in ihren Entschlüssen sollen die Gauleiter sein können, ohne durch eine Verantwortlichkeit der Finanzgebarung der ihnen unterstellten Dienststellen irgendwie beschwert zu sein.“

Die Gauleiter sind von der Schröpfmaschine abgedrängt, sie werden von der Zentralkasse abhängig gemacht. Das läßt tief blicken! Bisher hat jeder in seine Tasche gestohlen, in Zukunft wird der Raub zentral verwaltet und aufgeteilt! Der große Skandal der Winterhilfe, der Verbrauch von Winterhilfemitteln für Partizewecke in den Gauen wird damit bestätigt.

Das alles betrifft aber nur die Apparatur des Diebstahls. Noch interessanter ist die Frage:

wo und in welchen Formen wird gestohlen?

Herr Schwarz zählt auf, was ihm kraft seiner Vollmacht finanziell unterstellt ist: Die NSDAP., SA. und SS., Hitlerjugend, Bund deutscher Mädchen, NSBO. und Arbeitsfront, soweit die Finanzen der Arbeitsfront die

der NSDAP. berühren, NS. — Hago, NS. — Volkswohlfahrt, Winterhilfswerk.

Hier sind die Quellen bezeichnet, aus denen die NSDAP. direkt schöpft. Es fehlt aber noch die industrielle Seite und das ist die interessanteste! Wir zitieren aus dem „Völkischen Beobachter“:

Frage: Untersteht Ihnen auch die Reichszeugmeisterei, die in den letzten Monaten zu einer

so gewaltigen Organisation

ausgebaut worden ist?

Antwort: Selbstverständlich.

Frage: Kontrollieren Sie auch die Fabriken, die für die Reichszeugmeisterei direkt oder indirekt arbeiten und die Vertriebsstellen u. dgl. durch das Reichsrevisionsamt?

Antwort: In gewissem Sinne ja.

Man erhält hier einen interessanten Einblick in die Verteilung der Vorkriegsgewinne. Es profitieren die Fabriken, die mit der Reichszeugmeisterei arbeiten, es profitieren die angeschlossenen Handelsgeschäfte, es profitiert vor allen Dingen aber die NSDAP. selbst! Sie

Deutsche Richter

Nur ein Zentrumsmann — also vogelfrei!

In Düsseldorf sind drei Kommunisten hingerichtet worden, weil sie am 20. Juni 1932 an einer Schießerei beteiligt waren, bei der ein SA-Mann erschossen wurde. Sieben weitere Kommunisten wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“.

Am Tage der Hinrichtung verhandelte das Schwurgericht in Münster gegen den Schlosser Alois Leding. Er hat in der Nacht zum 9. November 1933 in einer Wirtschaft aus politischen Gründen zwei Schüsse aus nächster Nähe auf den Steuerinspektor Asemann in Borken abgegeben und ihn schwer verletzt. Der Angeklagte verteidigte sich: Asemann sei von außen ein Zentrumsmann und von innen ein Kommunist gewesen!

Der Angeklagte erhielt — ein Jahr vier Monate Gefängnis unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft!

Wäre der Täter ein Zentrumsmann und der Verletzte Nationalsozialist gewesen, so wäre der Täter zum Tode verurteilt und hingerichtet worden! Wir fragen uns: was wird dem schwerverletzten Asemann noch geschehen?

Die deutschen Richter sind die SA-Männer der Justiz. Ihr oberster Grundsatz lautet: Mensch ist nicht gleich Mensch.

Die evangelische Rebellion

Versammlungstumult in Hagen.

Aus einem Bericht der „Westfälischen Zeitung“:

In einer „Bekennnisversammlung evangelischer Christen“, in der sich auch auf Grund eines vorher verteilten Flugblattes eine große Anhängerzahl der Glaubensbewegung deutscher Christen eingefunden hatte, kam es nach der Rede des vor einigen Tagen strauversetzten Pastors Rehling zu Zusammenstößen. Es wurde zunächst verlangt, daß der Inhalt des

streicht ihren Tribut ein von den Rüstungsgewinnen.

Im Kriege verdienten die Unternehmer, der Staat ging leer aus, Staat und Volk wurden durch das System der Kriegsanleihen finanziell ausgeblutet.

Jetzt, bei der Vorbereitung des nächsten Krieges teilen sich Unternehmer und NSDAP. in die Rüstungsgewinne, das Geld wird durch Pump aufgebracht wie im Kriege, Staat und Volk werden abermals ausgeblutet!

Die Partei Hitlers sitzt wie ein Riesenpolyp über dem deutschen Volke und saugt es aus! Die Vollmacht für Herrn Schwarz ist ein Befehl zum Riesenraub! Hören wir den „Völkischen Beobachter“:

Frage: Herr Reichsschatzmeister, ich kann jetzt erst ermessen, daß Ihnen der Führer ja ungeheure Vollmachten übertragen hat!

Antwort: Jawohl, das stimmt, insbesondere, wenn Sie noch bedenken, daß auf Grund der mir vom Führer erteilten Vollmachten die Reichs-, Landes- und Kommunal- und sonstigen Behörden, sowie alle Körperschaften des öffentlichen Rechtes und selbst Privatpersonen zu jeder von mir gewünschten Auskunft, soweit sie die Belange der NSDAP. berühren, verpflichtet sind.

Die Räuber fordern die völlige Offenlegung aller finanziellen Verhältnisse. Sie lassen sich die Kassen der Behörden und der Privaten öffnen, um zu sehen, was sie stehlen können! Schamloser und öffentlicher ist niemals ein Raubzug vor sich gegangen!

verteilten Flugblattes widerrufen würde. In dem Durcheinander wurde

eine Frau auf bisher noch unaufgeklärte Weise geschlagen.

Außerdem hielt es Pastor Busch aus Witten für angebracht, eine Hetzrede gegen die Anhänger der deutschen Christen vom Stapel zu lassen; er wurde von diesen aufgefordert, seine beleidigenden Äußerungen sofort zurückzunehmen.

Daraufhin sprang der am Vorstandstisch sitzende, schon durch verschiedene andere Vorfälle als Reaktionäre sattem bekannte Major Deutelmöser an die Rampe und

schlug einem dort stehenden Anhänger der Glaubensbewegung deutscher Christen ohne jede Ursache ins Gesicht.

Dieser Vorfall verursachte natürlich einen ungeheuren Tumult und es ist nur der Disziplin der deutschen Christen zu verdanken, daß es nicht zu erneuten Zusammenstößen gekommen ist. Die Polizei, die bald daraufhin erschien, löste die Versammlung auf.

Major Deutelmöser war der Chef des deutschen Kriegspressesamts im Weltkrieg.

Parole: Maul halten!

In Halle a. S. hat sich dies ereignet: Der Kreisleiter der NSDAP. Bielefeld-Land hielt einen Vortrag „über die Hegehoifgedanken des Reichsministers Darré“. Ein Fräulein Dr. Kisker, „alte bewährte“ Parteigenossin, erlaubte sich, dem Kreisleiter einen Brief zu schicken, in dem sie sich mit dem Hegehoif-Unsinn des südländischen Urganen Darré kritisch auseinandersetzte.

Worauf die unglückselige Parteigenossin, die wirklich naiv genug war, zu glauben, man könne im Land der Usurpatoren einem prominenten Pz. einmal seine aufrichtige Meinung sagen, wegen Verächtlichmachung des Reichsministers Darré in „Schutzhaft“ genommen und in ein Konzentrationslager gebracht wurde.

Die internationale Rüstungskonjunktur

Von Max Mager

Verfolgt man die internationalen Produktions- und Absatzstatistiken seit Beginn der Weltwirtschaftskrise und berücksichtigt man dabei ganz besonders die Position der Rüstungsindustrie und des Handels der Kriegsmaterialien, so läßt sich eine Entwicklung festhalten, die man in der ökonomischen Literatur als „Scherenbewegung“ bezeichnet: Während in allen kapitalistischen Ländern im allgemeinen die industrielle Produktion zurückgeht oder stagniert, wächst die Erzeugung von Kriegsprodukten; während sich der gesamte Welthandel auf einem in diesem Jahrhundert ungekannten Tiefstand bewegt, ist der Export von ausgesprochenen Kriegsgeräten gegenwärtig doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Es gibt in der Tat keinen Industriezweig, der eine derartige „Krisenfestigkeit“ verzeichnen kann, wie die Rüstungsindustrie. Kein Land ist hiervon ausgenommen.

Jeder Versuch, den Umfang der internationalen Produktion von Kriegsmaterial auch nur annähernd zu erfassen, scheitert schon daran, daß alle Interessenten — sowohl die Produzenten wie auch die Abnehmer — absichtlich die wirkliche Lage verheimlichen. Nur auf indirektem Wege kann es manchmal gelingen, die Geheimnisse, die diese blutigen Dunkelkammern umgeben, ein wenig zu lüften. Hinzu kommt, daß außer den ausgesprochenen Kriegsmaterialien ja eigentlich ein riesiger Teil der „Friedensproduktion“ dem Bereich der Rüstungsindustrie angehört.

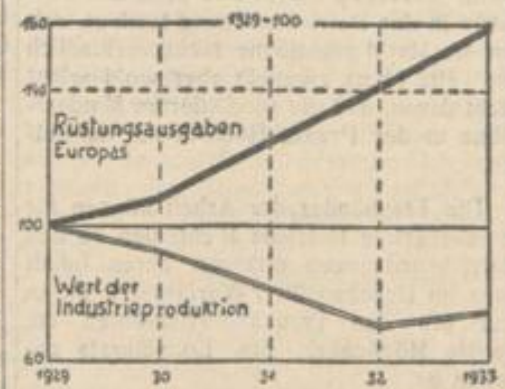
Tatsache ist, daß in allen Ländern besonders die Rüstungsindustrie stark rationalisiert wurde — man rechnet im allgemeinen mit einem Ansteigen der Arbeitsleistung in den Rüstungsbetrieben um 40 bis 60 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit — und daß ferner die internationale Rüstungsindustrie insgesamt heute nicht weniger, wahrscheinlich sogar mehr Arbeiter beschäftigt als 1913. Daraus kann geschlossen werden, daß die unmittelbare Rüstungsproduktion gegenwärtig Rekordhöhen erreicht.

Bestätigt wird diese Entwicklung der Rüstungsindustrie von den verfügbaren Materialien über den

Welthandel in Kriegsgeräten.

Danach war der internationale Export in Feuerwaffen und Munition, soweit er von einzelnen Ländern in ihren Außenhandelsstatistiken angegeben wird, im vergangenen Jahre um 27,4 Prozent höher als 1931 und um etwa 17 Prozent höher

als 1932, obwohl sich fast alle Länder viel Mühe geben, ihren „Bedarf“ selber decken zu können. Dazu kommt, daß diese Statistik nur die „alten“ Rüstungswaren berücksichtigt. Die modernen — und wichtigeren — Waffen läßt sie außer acht. Der Handel mit Flugzeugen und Flugzeugteilen, mit Tanks und vor allem mit chemischen Kriegsproduk-

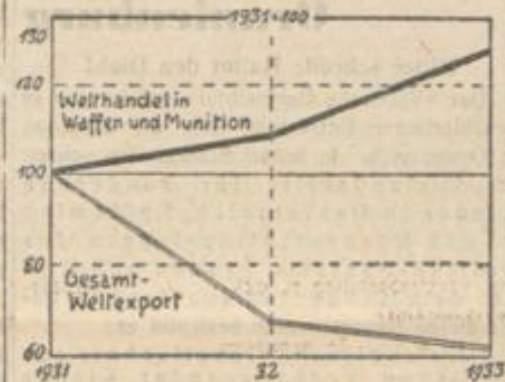


dukten aber ist nicht darin enthalten. Seit dem Kriege ist der Handel mit diesen „neuzeitlichen“ Mordinstrumenten um mehr als das Zehnfache gestiegen und wächst auch gegenwärtig fortgesetzt.

Ein weiterer Beweis für die Sonderkonjunktur der internationalen Rüstungsindustrie ist das auffallende Anwachsen der

Profite der Rüstungsbetriebe.

Zum Beispiel weist der Gigant unter den französischen Rüstungsunternehmen,



die Firma Schneider-Creusot, unter Berücksichtigung der Kaufkraft des Geldes, für 1933 um rund 70 Prozent höhere Gewinne aus als für 1928 und 1929. Die Geschäftsaussichten der Rüstungsbetriebe werden zumeist von ihnen selbst sehr günstig beurteilt. So führte Sir Lawrence in der letzten Generalversammlung

von Vickers, der großen englischen Rüstungsgesellschaft, die besonders im Ausland verzweigte Riesenanlagen unterhält und auch im „Deutschen Militärwochenblatt“ gern inseriert, aus:

„Das Arbeitsvolumen für das laufende Jahr ist entschieden besser. Die Gesellschaft hat heute ein besseres Orderbuch als vor einem Jahre.“

Und die Compagnie des Forges et Acieries berichtet am Schluß des letzten Geschäftsjahres über eine „leichte Besserung“ im Inlandsgeschäft, über besondere Exporterfolge und über bessere Preise.

Aus den bisher vorliegenden Daten geht auch deutlich hervor, daß die

laufenden Rüstungsausgaben

aller Länder insgesamt von 1932 auf 1933 wesentlich gestiegen sind, daß sie heute um mindestens 10 Prozent höher liegen als im Jahre 1928; obwohl seitdem die Kaufkraft des Geldes stark gestiegen ist und obwohl die Defizite in den Staatsetats drückender als je geworden sind. Die verschleierte Rüstungsaufwendungen, die gar nicht zu erfassen sind, sind zweifellos noch stärker gestiegen als die „ordnungsmäßigen“.

Und Deutschland?

Die bisherigen Ausführungen stützen sich auf die Angaben fast aller Länder. Sie können aber nicht die deutsche Rüstungsproduktion berücksichtigen, da die Hitler-Diktatur weit mehr als alle anderen Regierungen das blutige Geheimnis zu hüten versteht. Dennoch wissen wir, daß Deutschland fieberhaft rüstet. Die deutschen Importziffern sagen es zu deutlich; die Gewinnsteigerungen bei Krupp, Rheinmetall und vielen anderen Rüstungsbetrieben bestätigen es; und die Rüstungsausgaben sind nicht weniger Beweis dafür, auch wenn sie unter „Arbeitsbeschaffung“ gebucht werden. Kein Land der Welt, nicht einmal Japan, hat im letzten Jahre seine Rüstungsproduktion so gesteigert wie das „friedensliebende“ Dritte Reich, und wenn man die deutschen Rüstungen in die Gesamtberechnung einbezieht, so ist das Bild von der gegenwärtigen Rüstungskonjunktur beinahe schon gar nicht mehr vorstellbar.

Die politischen Folgen dieser gefährlichen Sonderkonjunktur können nicht ausbleiben!

täuschung der Leute um Julius Streicher über den von behördlicher Seite abgeblasenen Judenboykott, sowie als ein Ergebnis der blutrünstigen Judenhetze der von Julius Streicher herausgegebenen Zeitungen »Fränkische Tageszeitung« und »Stürmer«.

Inzwischen dauert der Boykottrummel in ganz Mittelfranken an. In Neustadt an der Aich wurde den Bäckern und Lebensmittelhändlern verboten, Brot an Juden zu verkaufen, so daß die jüdische Bevölkerung hungern muß. In der gleichen Stadt wurden die Inhaber jüdischer Geschäfte gezwungen, Plakate mit der folgenden Inschrift an ihren Läden anzubringen: „Streicher hat recht, die Juden sind der Deutschen Unglück!“

Eine deutsche Auslandsstimme

Das »Argentinische Tageblatt« schreibt unter der Überschrift: „Das verratene Programm“:

„Der Nationalsozialismus hat den Liberalismus vernichtet, soweit man darunter die Meinungsfreiheit verstehen konnte. Er hat die deutsche Außenpolitik in ein Fahrwasser gesteuert, über das der Steuerherrmann aus Braunau längst die Kontrolle verloren hat, und innerpolitisch alles dem nationalsozialistischen Totalitätsprinzip unterordnet. Nur in der Wirtschaft hat er, was ihre Basis und ihre Funktionen anbelangt, alles beim alten gelassen. Er hat die Unternehmer zu „Führern“ ihres Betriebes gemacht. Ihnen die Belegschaften auf Gedeih und Verderb, meistens auf Verderb, ausgeliefert, die sozialen Rechte der Arbeitnehmer vernichtet, nicht nur die finanzielle, sondern auch die persönliche Machtstellung des Unternehmers gehoben, aber das liberalistisch-kapitalistische Wirtschaftssystem ist geblieben. Um den kapitalistischen „Wirtschaftsliberalismus“ erhalten zu können, mußte der Kulturliberalismus zerstört werden.“

Eine Sammlung des Argentinischen Tageblatts für die Hinterbliebenen von Felix Fechenbach hat einen Wert von 505 Schweizer Franken erbracht.

Mord durch Henkerbeil

Wieder sind drei Kommunisten mit dem Beil hingerichtet worden. Man hatte sie beschuldigt, am 20. Juni 1932 einen SS-Mann in Erkrath bei Düsseldorf ermordet und einen zweiten verletzt zu haben. Göring hat selbstverständlich die Begnadigung abgelehnt.

Es ist notwendig, daran zu erinnern, daß sich Deutschland am 20. Juni 1932 im Bürgerkrieg befunden hat. Einige Tage zuvor war das von der Regierung Brüning erlassene Verbot der SA und der SS wieder aufgehoben worden. Die Sturmtruppen der Nationalsozialisten gingen sofort zu wilden Angriffen auf die Polizei und ihre politischen Gegner über. So kam es in Köln a. Rh. zu einem wüsten Aufruhr gegen die Polizei. Die Kölner Zentrumspartei telegraphierte nach Berlin: Die Aufhebung des SA-Verbotes habe zu blutigen Zusammenstößen geführt. Um das Leben und Gut friedliebender Bürger zu sichern, müsse ein neues Verbot uniformierter Verbände energisch gefordert werden. Eine Zentrums-Frauenversammlung protestierte gegen das herausfordernde Vorgehen uniformierter SA-Gruppen. In Remscheid wurde Reichsbanner von SA mit Feuerwaffen angegriffen. Ein Reichsbannermann wurde dabei verletzt. Es kam zu Unruhen in Kiel und Gleiwitz, in Berlin-Moabit, in Eiberfeld, Barmen, Iserlohn, Bochum, Dortmund und schließlich auch in Erkrath bei Düsseldorf. Dort kam es, wie in anderen Orten auch, zu Schießereien zwischen SA-Leuten und Kommunisten. Wer in den einzelnen Fällen Angreifer war, wird sich heute um so weniger feststellen lassen, als eine wirkliche Rechtspflege und ein geordnetes gerichtliches Verfahren in Deutschland ja längst nicht mehr existieren. Tatsache ist, daß in einem großen Teil der Fälle die Angriffe von den Nationalsozialisten ausgingen, daß sehr oft politische Gegner der Nationalsozialisten Opfer dieser Gewalttaten wurden und daß kein einziger der nationalsozialistischen Mörder, Totschläger, Revolver- und Messerhelden wegen seiner Bluttaten zur Verantwortung gezogen worden ist.

Die sogenannte Hinrichtung dreier Kommunisten, die in die damaligen Bürgerkriegsvorgänge verwickelt waren, stellt somit einen gemeinen Mord dar, der aus niedrigem Racheinstinkt begangen worden ist.

System Göring!

Gewalt gegen den freien Geist

Eine neue Ehrenliste für Feinde der Despotie

Die Despotie hat einen neuen Akt der Rachsucht und des Hasses verübt. Sie hat abermals 37 Reichsangehörige der deutschen Staatszugehörigkeit für verlustig erklärt. Die neue Proskriptionsliste — es ist die zweite — umfaßt folgende Namen:

Johannes Robert Becher, Karl Böchel, Karl Brehm, Fritz Brehmer, Dr. Wolfgang Bretholz, Karl Bühnen, Kurt Klemens Burkert, Erieh Gottlieb Carlebach, Professor Dr. Albert Einstein, Dr. Otto Friedländer, Oskar Maria Graf, Heinrich Grönwald, Artur Groß, Karl Otto Halfter, Gustav Reinhold Hentschke, Dr. Paul Herzig, Dr. Adam Jäger, Dr. Helmut Klotz, Hanna Knieling, Heinz Kraschützki, Walter Krelser, Rudolf Leonhardt, Willi Mielenz, Julius Plech, Theodor Pivier, Otto Remmele, Dr. Kurt Rosenfeld, Heinrich Schmitt, genannt Frank Arnau, Johann Schwalbach und seine Ehefrau, Toni Sender, Max Seydewitz, Ludwig Stautz, genannt Vizo, Dr. Edward Stillebauer, Hugo Urbahn, Johann Vogel, Waltraut Hölz.

Zugleich ist das Vermögen dieser Personen beschlagnahmt worden. Die Entscheidung darüber, inwieweit der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit sonst noch auf Familienangehörige auszudehnen ist, hat sich der Innenminister vorbehalten.

Die siebzig Männer und Frauen, die auf dieser Liste stehen, sind und bleiben Deutsche. Die Despotie verfolgt sie mit ingrimmigen Haß. So groß ist die haßerfüllte Furcht vor dem freien Wort und dem aufrechten Charakter, daß die Despotie sich von einzelnen bedroht fühlt!

Hier der totale Staat, eine mächtige Despotie, die bald bis an die Zähne bewaffnet in Waffen starren wird — dort siebzig Männer! Der Staat hat alle seine Machtmittel, Verwaltung, Justiz, Militär, Polizei, die Gesetzesmaschine — die Siebzig haben nichts als ihre Feder und ihre Hirne. Aber die Siebzig werden am Ende stärker sein als die Despoten. Denn mit ihnen ist alles, was in Deutschland noch die Freiheit liebt, mit ihnen sind alle Elenden und Versklavten, wenn sie einst aufstehen werden.

Diese Siebzig gehören zur geistigen Führung Deutschlands — die Despotie, das ist die ungelistige Diktatur, die geistlose Mechanik einer brutalen imperialistischen Unterdrückungsmaschinerie. Am Ende triumphiert immer der Geist über die rohe Materie!

Die braune Pogromshande

Zwei Tote in Gunzenhausen — Unruhestimmung in ganz Mittelfranken.

Ueber den Verlauf eines Judenpogroms in Gunzenhausen, Regierungsbezirk Mittelfranken in Bayern, der zwei Tote und mehrere Verletzte im Gefolge hatte, wird der ZTA in Prag von einer ganz zuverlässigen Persönlichkeit, die die Ereignisse miterlebt hat, mitgeteilt:

Das Signal zum Pogrom wurde in einer

wüsten Wirtshauszene gegeben. Ein jüdischer Gast, der das Wirtshaus betrat, wurde von den christlichen Gästen schwer verprügelt und auf die Straße geworfen. Die Wirtshausgäste, verstärkt durch Nationalsozialisten, die an dem seit mehreren Tagen einhergehenden Judenboykottrummel beteiligt waren, gingen nun zum allgemeinen Angriff auf die von Juden bewohnten Häuser über. Die Insassen, auch Frauen, wurden brutal aus ihren Wohnungen geschleppt, auf die Straße geworfen und unbarbarisch mißhandelt. Man zweifelt daran, ob der 20jährige Jude Rosenfeld, der, nachdem er furchtbare Quälereien hat erdulden müssen, an einem Gartenzaun erhängt aufgefunden wurde, Selbstmord begangen hat, wie die offizielle Version lautet. Rosenfeld hatte gewiß nicht mehr die Kraft zum Selbstmord. Man nimmt vielmehr an, daß er von seinen Peinigern aufgehängt worden ist. Bei dem Mann, der mit vier Herzstichen tot auf der Straße aufgefunden wurde, handelt es sich um den 60jährigen Gunzenhausener jüdischen Bürger Rosenau. Obwohl seitens der Behörden strengste Untersuchung der Mordfälle zugesichert wurde, hat man die beiden Todesopfer am Dienstag dem 27. März, auf Anordnung der Behörden, schnell beerdigt, ohne daß vorher eine gerichtliche Obduktion der Leichen stattgefunden hätte. Die verletzten Gunzenhausener jüdischen Bürger werden ärztlich behandelt, bei keinem besteht Lebensgefahr, doch leben alle jüdischen Einwohner in Gunzenhausen, soweit sie nicht geflüchtet sind, in unendlicher Panik.

Eine scharfe antisemitische Unruhestimmung besteht auch in den anderen Orten Mittelfrankens, sowie in Nürnberg und in Augsburg selbst. In einigen Orten fanden direkte Angriffe auf die jüdischen Bürger statt. Man beurteilt diese neue antisemitische Unruhestimmung als einen Ausdruck der Ent-

Das Maifest der Scharfmacher

Am Ziel ihrer Wünsche — Gewerkschaften vernichtet — Tarifwesen zerschlagen

Der 1. Mai 1934 wird für das deutsche Scharfmachertum, das im Zentralverband deutscher Industrieller Jahrzehntlang gegen den kollektiven Arbeitsvertrag angekämpft hat, zum Tag höchsten Triumphes werden. Im Tarifvertrag hatten sich die organisierten Arbeiter und Angestellten ein Stück sozialer Autonomie erkämpft. Die staatliche Gesetzgebung konnte sich darauf beschränken, allgemeine Normen für den Abschluß von Tarifen und Bindungen für ihre Innehaltung zu geben. Der Inhalt des Tarifvertrages aber gestaltete sich aus dem freien Fluß der sozialen Entwicklung und dem Stand der sozialen Kräfte in der Wirtschaft.

Nach der Ueberwindung der Zünfte und der Einführung der Gewerbefreiheit sollte das Arbeitsverhältnis zwischen dem einzelnen Unternehmer und Arbeiter persönlich geregelt werden. Industrialisierung und Technik hatten indes das Zahlenverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bald völlig verändert. Die soziale Struktur im kapitalistischen Deutschland hatte für Millionen von Arbeitnehmern die Arbeitsbedingungen gleich gemacht. Die fortschreitende Arbeitsteilung und das zahlenmäßige Anschwellen der Belegschaften in den Großbetrieben weckten in den Arbeitern und Angestellten das Bewußtsein ihrer sozialen Schicksalsgemeinschaft und führten zur Bildung von Gewerkschaften zum Zwecke einer günstigen Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Mit dem ersten Schritt der kollektiven Beeinflussung der Arbeitsbedingungen war auch der erste Schritt zum kollektiven Vertragsabschluß getan. Die Forderungen der Arbeiter und Angestellten, auch hinsichtlich der Lohnhöhe, werden von allen gestellt und für alle bewilligt. Die Voraussetzung für den Abschluß von Tarifverträgen konnte nur in dem Bestehen tragfähiger Vertragspartner, d. h. der Organisationen, gegeben sein.

Die Entwicklung des Tarifgedankens in Deutschland zeigt eine unmittelbare Wechselwirkung zwischen dem politischen Aufstieg der Arbeiterklasse und dem Fortschreiten des kollektiven Arbeitsvertrages.

So fallen die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung in die Zeit vor dem Sozialistengesetz, das ihre Entwicklung unterbrochen hatte; nach seiner Aufhebung folgt der schnelle Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung und um die Mitte der 1890er Jahre werden die ersten praktischen Erfolge des Tarifgedankens sichtbar, der sich in rascher Folge immer größere Gebiete eroberte. Im Mittelpunkt der

sozialen Errungenschaften der Umwälzung von 1918 steht die

Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Vertragspartner

und die Verankerung kollektiver Vereinbarungen im Artikel 165 der Verfassung. Es ist der Wille des faschistischen Regimes die Entmachtung der deutschen Arbeiterklasse am 1. Mai 1934 mit der restlosen Liquidierung aller sozialen Selbstverwaltung durch die Aufhebung des Tarifvertrages zu besiegeln.

Wie die nationalsozialistische Maifeier im ganzen eine Lüge ist, so auch die Begründung, mit der die Zerschlagung des kollektiven Arbeitsvertrages in der Presse der Arbeitsfront erklärt wird.

„Es muß in erster Linie alles das, was noch vom alten liberalistisch-marxistischen System übriggeblieben ist, wegeräumt werden.“

Wenn jemals der Gegensatz zwischen Liberalismus und Marxismus besonders deutlich gemacht worden ist, dann in der Frage des kollektiven Arbeitsvertrages, den die Marxisten eingeführt und der „antiliberal“ Faschismus wieder aufgehoben hat. Selbst die gleichgeschaltete „Frankfurter Zeitung“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 18. Januar 1934 über das Versklavungsgesetz:

... „allerdings ist es, wie es scheint, zunächst daran gedacht, die Regelung der Löhne im Prinzip den Betrieben selbst zu überlassen, wie es der früheren Vorstellung von der grundlegenden Bedeutung des Betriebes in der Wirtschaft entspricht.“

Diese frühere Vorstellung war

die liberale Wirtschaftsauffassung vom freien Spiel der Kräfte,

die der überbetrieblichen kollektiven Lohnregelung schroff gegenüberstand. Ganz nach dem liberalen „Herr-im-Hause-Standpunkt“ soll künftig, wie das faschistische Verbandsorgan der „Lederarbeiter“, schreibt „der Schwerpunkt der Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den einzelnen Betrieb verlegt“ werden. Es klingt geradezu wie ein Hohn auf die arbeitenden Menschen in Deutschland, wenn das Verbandsblatt der Gastwirtsgehilfen die bisherigen Tarifverträge „von geschäftstüchtigen Gewerkschaftssekretären“ verspottet und schreibt:

„Ganz anders heute. Der Gemeinschaftsgeist im Fleischergerwerbe und die Neuorganisation in der deutschen Arbeitsfront bringen es mit sich, daß es fortan keine Tarifparteien mehr gibt.“

Ist es Dummheit oder Bösartigkeit, die Zerschlagung des Tarifvertrages als Ausdruck des Gemeinschaftsgeistes zu bezeichnen? Für die deutschen Arbeiter war das Wesentliche am kollektiven Arbeitsvertrag, daß der einzelne sein persönliches Recht, wie sein persönliches Wollen aufgegeben und auf eine Vertretung der Gesamtheit aller Organisationsmitglieder übertragen hat. Der Tarifvertrag war die stärkste Verpflichtung des einzelnen Arbeiters oder Angestellten gegenüber der Gesamtheit seiner Kollegen. Der einzelne trat mit seinen persönlichen Interessen zurück hinter Willen und Ziel der Gemeinschaft.

Das war marxistischer Gemeinschaftsgeist!

Die Neuregelung in Deutschland unterscheidet drei Möglichkeiten: die Betriebsordnung, die Treuhänderrichtlinien und die Tarifordnung. Die Betriebsordnung wird vom Führer, d. h. vom Unternehmer aus eigener Machtvollkommenheit getroffen; in ihr werden Zeit und Art der Gewährung des Arbeitsentgelts bestimmt. Es können aber auch in der Betriebsordnung Bestimmungen über die Lohnhöhe getroffen werden. Es sollen auch rechtsverbindliche Vorschriften über die Berechnung der Akkordarbeit enthalten sein. Es wirkt besonders komisch, wenn in der Begründung zu dem Gesetz für die Lohnberechnung der Leistungsgrundsatz aufgestellt wird. Das Akkordsystem, ausgedacht vom Unternehmertum, das für jedes Stück, durch wessen Hand es immer gehen mag, den gleichen Lohn festsetzt, also die absolute Gleichheit der Lohnbedingungen herstellt, hat

wahrlich mit individueller Leistung des Arbeiters nichts zu tun. Der Unternehmer setzt den Lohn nicht für den einzelnen Arbeiter, sondern für das Arbeitsstück fest. Soweit der Betriebsführer von der Kannbestimmung Gebrauch macht und auch die Zeitlöhne in der Betriebsordnung festlegt, sollen sie als Mindestlöhne rechtsverbindlich ein. Die Nazis zweifeln aber wohl selbst nicht daran, daß die so diktierten Mindestlöhne in der Praxis Höchstlöhne darstellen.

Die Treuhänder der Arbeit können für gleichgeartete Betriebe Richtlinien zu den Betriebsordnungen erlassen, deren Inhalt ganz im Belieben ihrer Verfasser liegt, so daß mit den Treuhänderrichtlinien die zweite Möglichkeit des Lohndiktats gegeben ist.

Schließlich kann der Treuhänder, wenn es „zwingend geboten erscheint“, eine Tarifordnung erlassen. Er ist dabei nur gehalten, sie vorher dem sogenannten Sachverständigenausschuß vorzulegen, in den wiederum nur Unternehmervertreter berufen worden sind. Bei dem Inhalt der Tarifordnung kann es sich um die Mantelbestimmungen für die Entlohnung handeln, doch können auch die Löhne selbst

Wöllersdorf und Oranienburg

Hitler schreit: Haltet den Dieb!

Der »Völkische Beobachter« ergötzt sich in heuchlerischer Entrüstung über die Zustände in Oesterreich. In fetten Schlagzeilen schreit er: Auslandshilfe für hungernde Kinder in Oesterreich. Epidemien in den Konzentrationslagern des Dollfuß-Systems. Frauen und Kinder dem Hungertod überlassen. Unter diesen Ueberschriften berichtet er:

„Die englische Gesellschaft zur Rettung verhungender Kinder hielt eine Versammlung ab, um die Berichte von Lord Noel-Buxton, Mr. Riley und Miss Anderson, die soeben aus Wien zurückgekehrt waren, entgegenzunehmen.“

Das Elend in Wien — so berichten die Genannten — sei herzzerreißend. Frauen und Kinder von ehemaligen Angestellten der Gewerkschaften und Konsumvereine, von allen gefolterten, verwundeten oder verhafteten Bürgerkriegsopfern würden von der Regierung rücksichtslos dem Hungertode überlassen. Niemand wage, ihnen etwas zu geben. Ausländische Vereine müßten eingreifen.

Was für ein Unterschied mit Deutschland!

Das ist der Gipfel der Dreistigkeit! Die Brutalitäten des Dollfuß und Fey sind Nachahmungen der braunen Brutalitäten in Deutschland. Was heute in Oesterreich ist, ist in Deutschland vorexerziert worden! Keine Grausamkeit, die nicht dem deutschen Faschismus abgesehen wäre! Das Elend der Opfer der braunen Bestien, der Frauen und Kinder ist in Deutschland noch hundertmal schlimmer!

Frauen werden in Deutschland als Geiseln für ihre Männer im Konzentrationslager gehalten, die braunen Menschenquäler haben nach dem Mord von vier kommunistischen Spitzenfunktionären die Unmenschlichkeit besessen, die Frauen der Ermordeten ohne Rücksicht auf ihre Kinder ins Gefängnis zu werfen! Zum Massenelend gesellen sich empörende Einzelfälle von geradezu viehischer Grausamkeit!

Die niederträchtige Methode der Ablenkung von den eigenen Verbrechen erreicht seinen Höhepunkt, wenn der »Völkische Beobachter« sich entrüstet, daß die Dollfuß-Regierung die Zustände im Konzentrationslager Wöllersdorf für ideal erklärt. Hat nicht eben erst das Hitlerregime eine grandiose Sammlung über das Konzentrationslager Oranienburg in Buchform veröffentlichten lassen?

Die Hitler und Dollfuß sind einander würdig! Die Bestialität triumphiert in Deutschland wie in Oesterreich, und das Leid der Opfer schreit hier wie dort gen Himmel!

Ein Proteststreik

Die Arbeits„schlacht“ am Dresdner Heller.

Auf dem Dresdner „Heller“, das ist der an der Peripherie Dresdens gelegene Truppen-

und die sogenannte Arbeitsbereitschaft“ geregelt werden.

Es gibt heute kein zweites Land, in dem der Arbeiter so völlig jeder Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entbehren muß, wie es ab 1. Mai 1934 in Deutschland der Fall sein wird.

Das Gesetz zur Ordnung des allgemeinen Lohnabbaues hat bereits in allen Teilen der deutschen Arbeiterschaft eine allgemeine Unruhe erzeugt. Ihre Spuren sind manchmal sogar in der gleichgeschalteten Gewerkschaftspresse zu erkennen. So berichtet „Der Deutsche Nahrungsmittelarbeiter“ schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über „Neue Tarifvereinbarungen im Fleischergerwerbe“.

„Wir haben schon aus der kurzen Erfahrung aus allen Bezirken Deutschlands die gleiche Feststellung machen können, daß Betriebsführer oder Meister, die eine überlange Arbeitszeit in ihrem Betriebe durchführten, zugleich auch die niedrigsten Löhne bezahlten...“

Das Blatt berichtet weiter von den „Schmutzflinken“, die es in der Volksgemeinschaft seines Gewerbes kennengelernt hat und kündigt für sämtliche Wirtschaftsgebiete Deutschlands Landestarifordnungen an. Aehnliche Notschreie werden wohl bald auch aus den übrigen Bezirken kommen. Dafür ist den deutschen Arbeitern befohlen, am 1. Mai 1934 für die „Ehre der Arbeit“ begeistert zu demonstrieren. Aber diese kommandierten Demonstrationen werden nicht für die Ehre der Arbeit demonstrieren, sondern für den Profit des Unternehmertums.

übungsplatz liegt auch der Dresdner Flugplatz, der jetzt durch den freiwilligen Arbeitsdienst vergrößert wird. Die bei dieser Arbeit Beschäftigten erhalten als Entlohnung neben ihrer Arbeitslosenunterstützung ein warmes Mittagessen und außerdem monatlich einen Bedarfsdeckungsschein in der Höhe von 25 Mark, den sie aber nur für den Ankauf von Bedarfsgegenständen verwenden dürfen. Diese — auf solche Art und zu solchen Bedingungen in Arbeit stehenden — Arbeiter sind bezweiflicherweise nicht in der besten Stimmung. Am 21. März mußten sie sich, genau wie alle anderen Betriebe, die Uebertragung der Hitlerrede anhören. Als das Horst Wessel-Lied ertönte, blieben einige Arbeiter auf ihren Plätzen sitzen und unterließen es, in das „Heil Hitler“ einzustimmen. Für einige besonders eifrige SA-Leute, war das Grund genug, einige alte Arbeiter, die einstens der SPD angehörten, zu verprügeln. Ein 60 Jahre alter Mann wurde dabei zu Boden geschlagen und mußte ins Spital überführt werden. Die gesamte Belegschaft legte daraufhin sofort die Arbeit nieder und forderte die sofortige Entfernung des SA-Mannes. Erst als diesem Verlangen Rechnung getragen worden war, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Auf den Spuren Ludwigs II.

Adolf Hitler hat zur Zeit, als er noch ein simpler Parteiführer mit unsicheren Perspektiven war, einen erheblichen Teil der Gelder, die er von der Schwerindustrie erhalten hat, in das Braune Haus in München verbaut. Er hat sich selbst dabei als dilettierender Architekt betätigt — wie einst Wilhelm II., der auch die Schwäche hatte, den Fachleuten ins Handwerk zu pfeuschen.

Bei Adolf war es noch etwas anderes: er hat nie etwas richtig gelernt. Er wäre gerne Architekt geworden — wenn er nur das Zeug dazu gehabt hätte! Deshalb hat er sich von dem Architekten Troost das Braune Haus hinsetzen lassen, damit es nun die Welt als Adolfs Werk bewundere.

Seitdem er Diktator geworden ist, ist ihm das Braune Haus zu bescheiden, nicht mehr repräsentativ genug. Er läßt jetzt den Königsplatz in München neu aufmachen. Zwei große Bauten werden nach den Plänen des inzwischen verstorbenen Architekten Troost hingesetzt, ein Führerhaus und ein Verwaltungshaus für die NSDAP. Wer bezahlt? Als Antwort auf diese Frage genügt die Feststellung, daß in Hitlerdeutschland Staat und Partei eins sind.

Adolf ahmt Ludwig II. ebenso nach wie Wilhelm II. Der letztere war etwas verrückt, bei dem ersteren hat es sich noch bei Lebzeiten nicht mehr verschweigen lassen. Alle drei haben eines gemeinsam: das krampfhaft Bemühen, Andenken zu schaffen für die Zeit nach ihrer persönlichen Katastrophe.

DAS
PARISER TAGEBLATT
Chefredakteur: GEORG BERNHARDT
bringt unter anderem
regelmässig
BERLINER BRIEF
mit überhört interessantem Tatsachen-Material, trotz Zensur und Diktatur
Aussagen führender Politiker
aller Länder zu den europäischen Problemen
Beiträge hervorragender Dichter und Gelehrter
speziell der aus Deutschland Verbannten
Demnächst
Interessantes Preis-Ausschreiben:
14 JAHRE REPUBLIK
Grosse Umfrage bei Gelehrten, Publizisten, Staatsmännern:
„Die Zukunft der Welt“
Neuer hochaktueller Roman von
BALDER OLDEN:
ROMAN EINES NAZI
Endlich die verschiedenen Sonder-Gebiete
Die moderne Frau — Reise und Verkehr — Sport — Technik u. Wirtschaft
Probnummern gratis - Bestellungen beim
„PARISER TAGEBLATT“
PARIS (3^e), 51, Rue Turbigo

Koloman Wallischs letzter Marsch

Eine Heldenballade aus dem Kampf der österreichischen Sozialdemokratie

Demnächst erscheint in der Verlagsanstalt »Graphica«, Karlsbad, ein Buch von Julius Deutsch: »Der Bürgerkrieg in Oesterreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen«. Mit einer Umschlagszeichnung von Th. Th. Heine und 24 Seiten Illustrationen. Wir entnehmen dem Buch die folgende Darstellung des Durchbruchversuchs von Koloman Wallisch, dem tapferen Führer der kämpfenden Arbeiter von Bruck. Die Dollfuß und Fey konnten den Mann dem Strang des Henkers ausliefern. Sein Gedächtnis ist unauflöslich.

Die ganze Schar wurde zusammengerufen. Zum letzten Male sprach Wallisch zu den Brucker Arbeitern. Er würdigte die von ihnen vollbrachte Leistung, dankte die tapferen Mitkämpfer und beschwor sie, trotz der augenblicklichen Niederlage die Hoffnung auf den schließlichen Sieg des Sozialismus nicht aufzugeben...

Tränen standen den Schutzbündlern in den Augen, als sie von ihrem geliebten Führer Abschied nahmen — um ihn nie wieder zu sehen.

Dann begann der Abstieg derjenigen, die sich, durch die Wälder schleichend, nach Bruck zurückwandten. Auf dem Wege dahin versteckten sie ihre Gewehre und die anderen Waffen.

Wallisch beschloß, sich mit dem bei ihm bleibenden Rest der Schutzbündler nach der jugoslawischen Grenze durchzuschlagen. Etwa vierzig Mann harrten bei Wallisch aus. Mit ihnen unternahm er einen kühnen Zug über die Berge, verfolgt von großen Abteilungen der Regierungstruppen. Alle Wege, die zu Tale führten, waren abgesperrt, auf den Bergen tauchten Soldaten und Gendarmen auf Skiern auf. Immer aussichtsloser schien der Versuch, sich durchzuschlagen. Auf den Kopf des Genossen Wallisch hatte der Vizekanzler Fey eine Belohnung von 1000 Schilling gesetzt, die er einige Tage später auf 5000 Schilling erhöhte. Wallisch trennte sich von seinen Gefährten und unternahm, nur von seiner Frau begleitet, das Wagnis einer einsamen

Flucht. Sie mißlang. Als Wallisch und seine Frau, die Berge verlassend, im Tale weiterhasteten, wurden sie von einem Eisenbahner erkannt. Die hohe Prämie verlockte den Unglückseligen. Er verriet die Flüchtlinge. Gendarmen mit Autos und Motorrädern machten sich auf den Weg, bis es ihnen gelang, Wallisch auf einer Straße zwischen Arding und Liezen zu fangen. Der Treuesten und Tapfersten einer war in der Gewalt blutigerer Häscher.

Der Judas, der Wallisch verraten hatte, ist seines Lohnes nicht froh gewesen. Eine Woche nach dem Verrate fand man seine Leiche, von mehreren Kugeln durchbohrt, in einem Walde bei Liezen, in der Nähe der Stelle, an der Wallisch von den Gendarmen verhaftet worden war.

Einer von den Getreuen, die am längsten bei Wallisch aushielten, berichtet über die letzten Tage ihres Zusammenseins:

Nach dem Abmarsch der meisten Schutzbündler von der Hochebene blieb ein Rest von etwa hundert Mann bei Wallisch. Wir gingen nach einer kurzen Rast in der Richtung Frohnleiten weiter. Eine halbe Stunde vor dem Orte kamen uns Genossen aus Frohnleiten entgegen und fragten uns, wieviel wir wären. Als Genosse Wallisch sich um die Lage im Orte erkundigte und auch fragte wie stark die Militärbewegung dort ist, erfuhren wir, daß sich im Orte Frohnleiten überhaupt kein Militär befand. Wir hielten ungefähr eine Stunde Rast und nahmen nach langer Zeit den ersten Imbiß, Milch und Brot, zu uns. Es war dann unter den Führern und den Vertrauensleuten eine kurze Beratung, worauf wir uns wieder in das Gebirge zurückzogen. Es war beschlossen worden, in den Morgenstunden den im Bezirksgericht des Ortes inhaftierten Parteisekretär zu befreien. Genosse Wallisch sendete eine aus acht Mann bestehende Patrouille zur Rekognoszierung aus, doch kaum war die Patrouille fünf Minuten von uns entfernt, hörten wir eine Schießerei; die Patrouille war dem inzwischen ein-

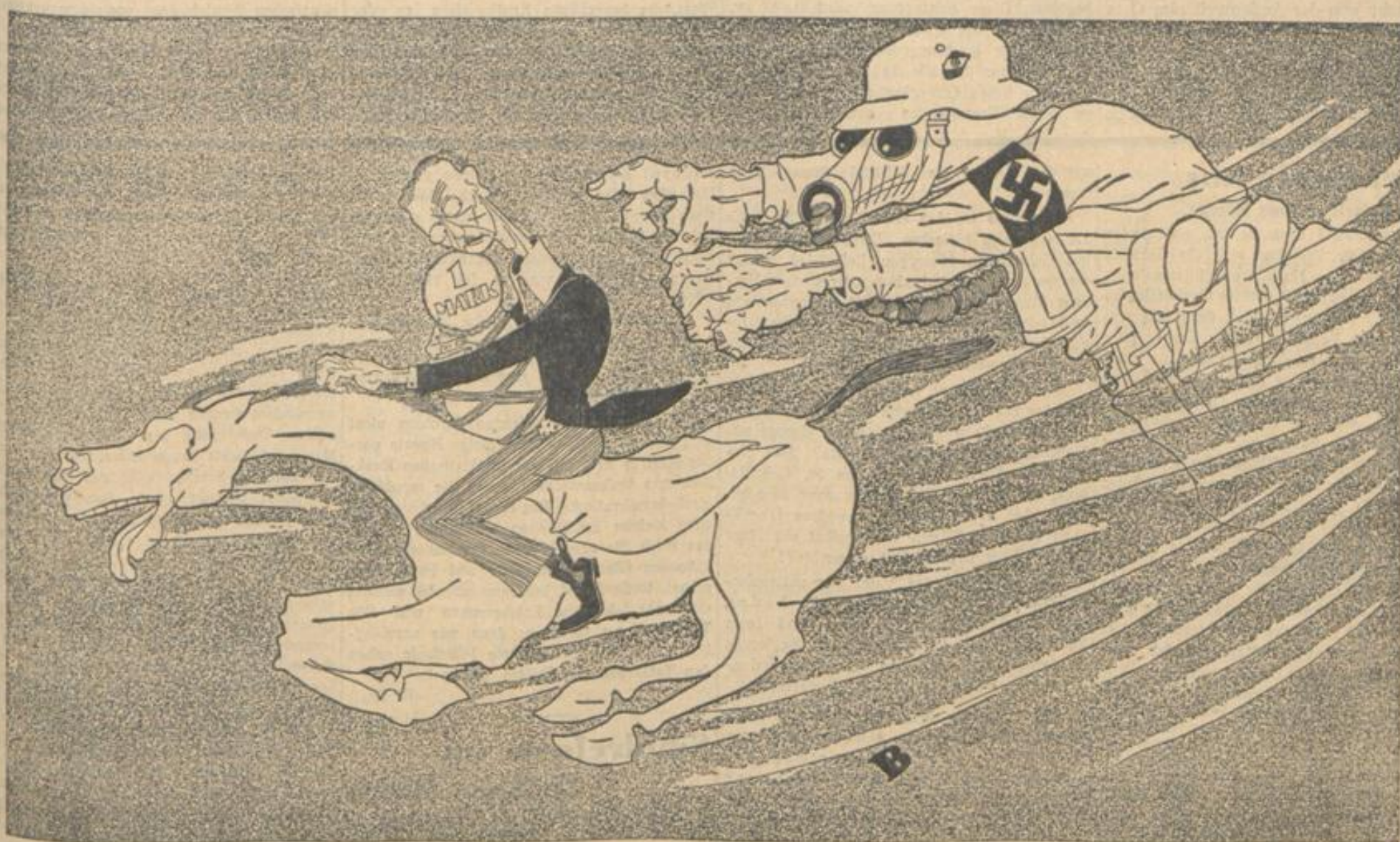
gegangenen Militär in die Hände gefallen, einige Leute wurden verwundet, andere verhaftet und nur einem Mann war es gelungen, zu entkommen, der uns über diese Vorgänge Bericht erstattete. Es wurde nun unsere Truppe kampfbereit gestellt, wir leisteten dem Militär in einem Gefechte Widerstand, mußten aber, da wir der Uebermacht nicht standhalten konnten, weiter in das Gebirge flüchten. Als wir uns nach längerem, mehr oder weniger geordnetem Rückzuge wieder um den Genossen Wallisch sammelten, waren wir nur noch 25 Mann. Wohin die anderen gekommen sind, konnten wir nicht mit Bestimmtheit sagen.

Das Militär hat uns, als wir nach dem Angriff zurückgingen, nicht weiter verfolgt. Als wir auf der Hochalm anlangten, schickte Genosse Wallisch nach Frohnleiten, Pernegg und Bruck, und zwar nicht nur um Kundschafterdienste zu leisten, sondern auch um Lebensmittel zu besorgen. Er gab jeder dieser Patrouillen S 20.— mit. Von diesen ausgesandten Patrouillen kam aber keine mehr zurück. Nun wurde, da wir ja nicht länger im Freien bleiben konnten, auf die Suche nach einem Unterschlupf gegangen, denn die Nächte waren so kalt, daß man es im Freien nicht aushielt. In unmittelbarer Nähe der Hochalm fanden wir ein leeres Bauerngehöft, in dem wir nach Aufstellung von Avisoposten Unterkunft nahmen. In diesem Bauerngehöfte fragte uns Genosse Wallisch mehrere Male, ob wir denn unter den obwaltenden Umständen weiter bei ihm bleiben wollten. Als die Genossen dies bejahten, war er zu Tränen gerührt, umarmte die einzelnen Genossen und dankte ihnen herzlich für ihre Treue.

Gegen 2 Uhr nachmittags kam ein Bauer, der sich so merkwürdig verhielt, daß wir in ihm einen Spion vermuteten. Genosse Wallisch fragte den Mann, was er denn hier mache, worauf dieser erwiderte, er müsse sich den Weg besehen, da er die Absicht habe, in den nächsten Tagen einen Heutransport von der Hochalm aus durchzuführen. Wir hatten aber

alle das Gefühl, daß der Bauer nur ein Spion sein konnte, denn sein Gehaben ließ dies erkennen. Kaum eine Stunde nach dem Weggang dieses Mannes bemerkten wir aus großer Entfernung, daß über die nächtsgelegene Anhöhe — es war dies die sogenannte „Schneide“, die der Bauer auf seinem Rückwege passieren mußte, zuerst ein Mann, in kürzeren Abständen je fünf Mann und dann aufeinanderfolgend 50 bis 60 Leute die Schneide passierten. Wir konnten, der Entfernung wegen, noch immer nicht feststellen, ob dies Schutzbündler oder reguläres Militär wären. Genosse Wallisch gab den noch übriggebliebenen 19 Genossen den Befehl, sich in Schwarmlinie aufzulösen, vorzumarschieren und sich zum Angriff bereit zu halten. Als wir eine Strecke vorgegangen waren, bemerkten wir, daß die Heranmarschierenden Soldaten waren, die gerade damit begannen, unsere aufgestellten Avisoposten, die bereits gefangengenommen waren, zu durchsuchen. Genosse Wallisch hatte das Kommando übernommen und war an der Spitze der Schwarmlinie. Er gab den Befehl, halbkreisförmig Aufstellung zu nehmen. Dekkung zu suchen, damit wir nicht umzingelt werden und erst auf sein Kommando zum Angriff überzugehen, respektive das Feuer zu eröffnen. Kaum daß diese Einteilung getroffen war, hörten wir, daß Genosse Wallisch den ersten Schuß abfeuerte, der auch für uns das Zeichen zum Angriff war. Durch das energische und zielbewußte Auftreten unseres Kommandanten, Genossen Wallisch, gelang es uns, — obwohl wir der zahlenmäßig schwächere Teil waren —, die mit einem Maschinengewehr ausgestatteten Soldaten zurückzudrängen. Wer dabei den Genossen Wallisch sah, hat ihn erst als richtigen Kämpfer schätzen gelernt. Es läßt sich gar nicht so schildern, wie es in Wirklichkeit war.

Wir drangen bis an die Waldschiere vor, denn weiter konnten wir nicht vordringen, weil zwischen uns und dem Gegner eine breite Wiese lag, die uns keine Deckung geboten hätte. Nach einem



»Wer reitet so spät durch Nacht und Wind? — Das ist Herr Schacht mit seinem Kind«

fast halbstündigen Gefecht sahen wir, daß vor der Front des Militärs zwei unserer gefangenen Avisoposten vorgetrieben wurden, die uns in einem fort zuriefen: „Genossen, nicht schießen, hier sind lauter Genossen!“ — Wir haben uns aber durch diese Kriegslist keineswegs irre machen lassen. In diesem Kampfe wurde einer unserer Genossen durch einen Brustschuß schwer verwundet; wir nahmen ihn auf dem Rückzuge mit. Nach der Sammlung bemerkten wir, daß sich wieder einige Genossen von uns zurückgezogen hatten — es waren jetzt nur mehr zwölf Genossen übriggeblieben. Da wir die Aussichtslosigkeit eines weiteren Widerstandes einsahen, gingen wir gegen den Elspaß, der zirka 800 m hoch ist, in der Absicht zurück, in diesem Gebiet Schutz und Versteck zu finden, weil die dortigen Wälder und Schluchten größtenteils unwegsam sind.

Beim Einbruch der Dunkelheit kamen wir zu einer Almhütte. Wir waren vor Hunger, Durst und anderen Strapazen so horgenommen, daß wir alle Kräfte anspannen mußten, um uns überhaupt noch aufrecht erhalten zu können. Genosse Wallisch ersuchte mich, nachdem ich den Inhaber der Hütte persönlich kannte, zu ihm zu gehen und zu trachten, irgend etwas zum Essen zu bringen. Es bedurfte aber längerer Fürsprache, bis sich die Bäuerin bereit erklärte, ein Kilogramm Fleisch zu kochen, und da kein Brot zur Verfügung stand, besorgte die Bäuerin nach langem Bitten von einer eine Stunde entfernt gelegenen Hütte, Brot. Es war dies die erste etwas ausgiebigere Mahlzeit, die wir nach den drei so strapaziösen Kampftagen zu uns nehmen konnten.

Nachdem wir unsere Mahlzeit beendet hatten, besprachen wir uns, was nun weiter geschehen solle und vereinbarten, daß wir uns in kleinere Gruppen teilen, von denen jede auf eigene Faust die weitere Flucht bewerkstelligen möge. Genosse Wallisch, Genosse X und ich blieben beisammen, die übrigen Genossen entfernten sich, und ich habe von ihnen, bis auf zwei Genossen, welche auf unserer Flucht nochmals unseren Weg kreuzten, nichts mehr gehört.

Wir hielten uns in den zwei darauffolgenden Tagen in Heuschobeln vergraben. Genosse X besorgte die Verpflegung. Weil wir es jedoch in unseren Verstecken vor Kälte nicht aushalten konnten, verkrochen wir uns später in Stallungen, in denen es etwas wärmer war.

Freitag abends ersuchte mich Genosse Wallisch, mit einer Rodel gegen irgendeine Ortschaft zu fahren, um Erkundigungen einzuziehen, was denn eigentlich los sei, denn wir wußten ja seit Tagen nichts mehr von der Außenwelt. Im Orte angelangt, suchte ich nach verschiedener Richtung hin zu rekonoszieren, und zwar ob die Uebergänge über die Mur stark besetzt seien und ob eine Flucht über den Fluß möglich wäre. Schließlich

sollte ich Geld für die weitere Flucht zu beschaffen suchen, denn wir hatten nichts mehr. Ich erfuhr, daß die Mur nicht allzu stark besetzt sei. Geldmittel konnte ich nicht auftreiben, da die Kassiere oder jene, die Geldmittel besaßen, verhaftet oder flüchtig waren. Ich hörte ferner, daß man bereits davon Kenntnis hatte, daß sich Genosse Wallisch mit anderen Genossen versprengt in den Wäldungen aufhalte und daß 300 mit Skiern ausgerüstete Soldaten auf der Suche nach Wallisch seien. Wir wurden von Freunden dringendst aufgefordert, zu flüchten. Nachdem ich diesen Bericht dem Genossen Wallisch überbracht hatte, wurde der Entschluß gefaßt, noch in den frühen Morgenstunden des 17. Februar gemein-

sam auf einer Rodel bis zur Ortschaft Utsch zu fahren. Im Tale irrten wir von einer Hütte zur anderen. Zufällig hörten wir, daß sich auch die Frau des Genossen Wallisch irgendwo in dieser Gegend versteckt halte. Nach langem Suchen fanden wir sie.

Unsere größte Sorge war es nun, Geld für die weitere Flucht aufzutreiben, weshalb ich neuerdings beauftragt wurde, einen solchen Versuch zu unternehmen. Zu diesem Zwecke schlich ich zu verschiedenen Genossen und Leuten, die mir bekannt waren, aber leider überall umsonst. Nun versuchte ich zu Genossen Wallisch zurückzukommen, was mir aber auch nicht mehr gelang. Ich habe ihn nicht mehr gesehen.

Der Weg eines Renegaten

Der Fall Seelbach

Im Wochenblatt „Der Deutsche Unternehmer“ sind unter der knalligen Überschrift: „Das Ende der Gewerkschaften. Aufzeichnungen über den geistigen Zusammenbruch eines Systems“ drei große Leitartikel veröffentlicht, die Tagebuchaufzeichnungen des früheren Leiters der Bundesschule des ADGB, in Bernau, Dr. Hermann Seelbach, enthielten. Diese Aufzeichnungen sind auch im Verlag Otto Elsner, Berlin, als Broschüre erschienen, und die Redaktion des „Deutschen Unternehmers“ empfahl in einer Nachschrift die weiteste Verbreitung der Broschüre in den Betrieben.

Der Zweck der Veröffentlichung ist demnach klar: er wird unterstrichen durch die Vorbemerkung des Verfassers, daß er mit seinen Aufzeichnungen die „innere Schwäche der alten Gewerkschaftsbewegung“ aufdecken wolle. Sein Ziel sei, „noch manchem wertvollen deutschen Arbeiter das Verständnis für die Entwicklung seit dem 30. Januar 1933 zu erschließen, der heute vielleicht noch durch Treue und Anhänglichkeit innerlich an ein System gebunden ist, das sich selbst schon längst aufgegeben hatte, als es im Sturm der nationalsozialistischen Revolution zusammenbrach“.

Der Verfasser wehrt sich in seiner Vorbemerkung dagegen, daß er mit seiner Veröffentlichung die Renegatenliteratur bereichern wolle. Und dennoch ist seine Broschüre ein verächtliches Produkt des Renegatentums, und zwar ein um so widerwärtigeres, als es den Eindruck zu erwecken sucht, daß die Gewerkschaften innerlich so zermürbt und verfault waren, daß sie mit einer Handbewegung fortgelegt werden konnten. Diese Behauptung wird von Dr. Seelbach mit der Miene eines in alle Interna eingeweihten Biedermanns vorgetragen, der angeblich nur deshalb die von ihm so heiß geliebten freien Gewerkschaften verließ, weil sie seine Erwartungen enttäuschten und

kampflos vor der nationalsozialistischen Welle kapitulierten.

Wer ist Dr. Seelbach?

Er war einige Jahre Leiter der Staatlichen Wirtschaftsschule in Düsseldorf, die vom preußischen Staat unterhalten und von den Gewerkschaften aller Richtungen besetzt wurde. In dieser Zeit war er sorgfältig bemüht, sich von der sozialdemokratischen Partei fernzuhalten und jeden Verdacht zu zerstreuen, daß er Sozialist sei. Als die Bundesschule des ADGB, in Bernau gegründet wurde, bewarb er sich um den Posten eines Direktors. Er trat aber erst dann der SPD bei, als er die Zusage bekam, daß er den Posten in Bernau erhalten würde. Der Vorstand des ADGB, besetzte also diesen wichtigen Posten — trotz Warnung — mit einem typischen „Geschäftssozialisten“. Die Zustimmung dafür erhielt er Anfang 1933, als sich die nationalsozialistische Konjunktur am Horizont abzeichnete. Schon unmittelbar nach dem Regierungsantritt Hitlers trat Dr. Seelbach in die NSDAP ein, vorsichtshalber aber bezahlte er gleichzeitig seine Beiträge für die SPD, bis März 1933!

Die Tagebuchaufzeichnungen Seelbachs, die mit dem 5. Januar 1933 beginnen, geben einen interessanten Einblick in die Geisteshaltung dieses Konjunktursozialisten, der seine verantwortliche Stellung dazu mißbrauchte, in einer Zeit, wo es um Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften ging, die eigene Front von innen her auszuhöhlen, um nach dem Zusammenbruch offen zum Feinde überzuliegen. Diese persönliche Minderwertigkeit des Verfassers nimmt auch jene Äußerungen in seiner Broschüre jeden Wert, die berechtigte Kritik üben an der Schwäche und Entschlußlosigkeit des Vorstandes des ADGB, in den entscheidenden Wochen und Monaten. Denn diese Schwäche ist gefördert worden von den „inneren Feinden“ vom Schlage des Dr. Seelbach, deren

Wirken darauf gerichtet war, den Klassenkampfgedanken in den Gewerkschaften zu schwächen, den Marxismus zu diskreditieren und einen Keil zwischen Gewerkschaften und Partei hineinzutreiben.

Innere Treiberelen.

Diese Tendenzen gehen deutlich aus den Seelbachschen Aufzeichnungen hervor. Immer wieder klagt er darüber, daß „leider“ alle Distanzierungsversuche der Gewerkschaften von der SPD, gescheitert seien. „Mir widerstrebt die Haltung der Sozialdemokratischen Partei“, schreibt er am 10. Januar. Am 22. Januar jammert er: „Wirkliche Führer könnten das große Maß von Vertrauen, das die Arbeiterschaft ihnen entgegenbringt, gebrauchen, um der historischen Entwicklung entsprechend eine neue Staatsform mitschaffen zu helfen, welche die Parteien ausschließt und die Berufsstände in das Volksganze einbaut. Das geschieht jedoch nicht. Im Gegenteil, man beugt sich vor der Politik der Partei.“ Am 16. Februar klagt er über die Entschlußlosigkeit der Gewerkschaftsführung, die nicht den Mut habe, sich von der Partei zu trennen und eigene Wege zu gehen. „Der demokratische Gedanke macht sie abhängig von Menschen, die von der Parteipresse, auf die die Gewerkschaften nur einen geringen Einfluß haben, worüber sie selbst viel klagen, täglich beeinflußt werden.“ Selbstverständlich schimpft Dr. Seelbach immer wieder auf den Marxismus (wie er ihn versteht): „Es rächt sich an der Arbeiterbewegung“ — schreibt er am 5. Februar — „daß Karl Marx die ökonomischen Kräfte überschätzt und dem Menschen eine zu geringe Rolle zugewiesen hat.“ Und am 16. Februar: „Verantwortliche Entscheidungen in nationalen und wirtschaftlichen Fragen endeten mit Gehirnverrenkungen marxistischer Gedankengänge.“ Von hier bis zu der Ablehnung des internationalen Gedankens ist nur ein kleiner Schritt. Am 21. Februar schreibt Seelbach: „Der Sozialismus ist keine Angelegenheit internationaler Klassenfronten mehr. Er ist Sache der Nation.“

Auf dem Wege zu Hitler.

Die nationalsozialistischen Gedankengänge sind aber bei Dr. Seelbach keineswegs neuen Datums. Am 16. Februar gesteht er: „Ich war nach Bernau gegangen, die Arbeiterschaft zu sich selbst zu führen und sie mit Volk und Staat zu verbinden. Ich glaube, daß die Gewerkschaften am besten geeignet seien, die proletarische Einstellung zu überwinden und die Arbeiterschaft zu lebendigen Kräften des Volkes zu machen.“ Am selben Tage: „Hitler macht die Tore der Bewegung weit auf. Er grüßt jeden Mitkämpfer für den neuen Staat. Jetzt wäre es auch für die Gewerkschaften an der Zeit, sich zu entscheiden. Wir stehen an einer Wende. Die Zeit des Liberalismus ist vorbei, mit ihm der Parlamentarismus und die sozialdemokratische Politik.“ Am 21. Februar begrüßt er den verräterischen Streich des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergemann in Düsseldorf, der seine Dienste der Hitlerregierung anbot, und fordert die Gewerkschaften auf, den gleichen Weg zu gehen. Er schimpft gleichzeitig auf den „Vorwärts“, in dem

So sehen sie aus

Galerie schöner Männer.

Als Deutschland noch zu den zivilisierten Staaten gehörte, mußten sich die Gerichte mehrfach für die Naziführer interessieren. Kaum einer ist darunter, dessen Personalakten in Ordnung sind; kaum einer, der nicht wegen krimineller Vergehen in den Kerker oder ins Irrenhaus gehörte; nicht ein einziger gradgewachsener Kerl in der ganzen Garnitur. Das ist dem politisch einigermaßen Orientierten bekannt, und wenn er ein Buch in die Hand nimmt, wie die Sammlung »Naziführer sehen sich an!« (Editions Du Carrefour, Paris), so geht er mit dem Bewußtsein heran: Was kann da schon Neues drin sein! Aber beim Lesen staunt man, wie vieles in diesem 35 Biographien neu erscheint oder in der Erinnerung aufgefrischt werden muß. Wie wenige z. B. wissen, daß der junge Hitler sein Geld mit Bilderfälschungen verdiente, mit jüdischen Freunden im Kaffeehaus lungerte, daß er 1923 Herrn Kahr mit gefalteten Händen seine Liebe zur Monarchie versicherte:

„Wenn Exzellenz gestatten, werde ich selbst unmittelbar von der Versammlung zu seiner Majestät (dem Prinzen Rupprecht) fahren und ihm mitteilen, daß durch die deutsche Erhebung das Unrecht, das seiner Majestät Hochseligem Vater widerfahren ist, wieder gutgemacht wird...“ (Aussage Pöhners im Hitler-Prozess.)

Wieviele wissen, daß auch der arische Riesenschwindler Ivar Kreuger zum Spenderkreis des »Arbeiterführers« gehörte? Daß Göring am Tage des Münchener Hitlerputsches anordnete, den Stadträten müsse

mit dem Kolben der Schädel eingeschlagen werden?!

Wer weiß es, daß Göbbels sich noch 1923 von den jüdischen Direktor Blumenau mit Geldmitteln versorgen ließ, daß Joseph Strebmann mit dem jüdisch-demokratischen Berliner Tageblatt wegen eines Redakteurpostens verhandelte, daß er seine dramatischen Jugendsünden mehreren jüdischen Theaterdirektoren wärmstens ans Herz legte?!

Wem ist bekannt, daß der Landwirtschaftsminister Darré 1927 von der ostpreussischen Landeswirtschaftskammer wegen Unregelmäßigkeiten entlassen werden mußte? Daß dieser selbe Ehrenmann sich zum 38. Geburtstag, 14 Tage nach seiner Ernennung zum Minister, bei Wiesbaden ein pompöses Denkmal setzen ließ und höchstselbst mit einer Rede heister Ergriffenheit einweihete?!

Wer weiß, daß der Vater des nationalsozialistischen Wirtschaftsunsinns, Dr. Feder, seine Zinsknechtschaftsphantasien und seine Mitarbeit einst der marxistischen Regierung Bayerns, dem jüdischen »Novemberverschöber« Eisner, freundlichst offerierte?!

Daß noch vor sechs Jahren verschiedene der obersten Nazifibonzen einander Lumpen, Verräter, ehrlose Wortbrecher usw. schimpften? Daß Herr Rosenberg den heutigen Reichsbanknazi Schacht noch 1927 in einer braunen Steckbriefbiographie zu den schlimmsten Novemberverschöbern rechnete?!

Wir greifen nur einige der weniger bekannten Punkte auf und fragen: In welcher Partei, in welchem Regierungslager ist jemals

so viel Kehrrecht beisammen gewesen?!

Das alles wird in diesem Buche dokumentarisch belegt. Wo es darüber hinaus gelegentlich die Haltung der Sozialdemokratie streift, spürt man kommunistisch angehauchte Orientierung. So, wenn vom 20. Juli 1932 gesagt wird:

„Die Zustimmung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zum Generalstreik hätte im ganzen Lande eine mächtige Streikwelle entzündet. Die Kommunisten drängten zum Generalstreik.“

Die Kommunisten drängten durchaus nicht zum Generalstreik, sondern einige Monate vorher Arm in Arm mit der faschistischen Reaktion zum Volksentscheid gegen die republikanisch-demokratische Regierung! Aber von solchem kleinen Schiefheiten abgesehen, spiegelt das Buch die edlen Profile der nationalsozialistischen Götter, Halbgötter und Drahtzieher scharf, treffend und beklemmend. Es schenkt sich physiologische Erörterungen und läßt Tatsachen sprechen: denn wie unzulänglich erscheint die stärkste Phantasie neben den Tatsachen des Dritten Reiches!

B. Br.

Schulreform im Dritten Reich

Im Reichsinnenministerium kündigt man ein neues Schulgesetz an, durch das die in der Weimarer Verfassung festgelegte vierjährige gemeinsame Grundschule auf drei Jahre beschränkt wird. Dafür soll jedoch das neunte höhere Schuljahr der nationalpolitischen Er-

ziehung in der Form eines einjährigen Militärdienstes gewidmet werden. Das bedeutet also, daß für sämtliche höheren Schüler eine einjährige Militärdienstpflicht durchgeführt wird.

Auch gegen diese Form der Aufrüstung werden die Völkerverbündnisse keinen Widerspruch erheben. Aber auch die Proteste der Philologen, die einst so prompt und so energisch einsetzten, wenn aus sozialen Gründen die Dauer der höheren Schule um ein Jahr vermindert werden sollte, werden in der »veredelten Demokratie des Göbbels« ausbleiben. Man wird nichts davon hören, daß das Niveau der höheren Schule wie der Wissenschaft überhaupt gesenkt würde. Das wissenschaftliche Niveau der höheren Schulen ist neulich den Philologen in Dresden erst wieder einmal klargemacht worden. Herr Göpfert, so heißt dieser Nazischulreformer, erklärte nämlich seinen philologischen Zuhörern, die ihm begeistert zustimmten: „Erst an dritter Stelle kommt bei Adolf Hitler das reine Wissen. Rassenlehre, Geschichte und Volkskunde müssen Kraftquellen für die Führerausbildung werden, und der erzieherischen Macht der Feiern ist höherer Wert beizumessen. Was beim Gesang des Horst-Wessel-Liedes, bei den Aufmärschen, bei den Feiern der Jugend, bei den Veranstaltungen von »Kraft und Freude« erfüllt und erahnt wird, das ist in die Sphäre des Bewußtseins zu erheben. Und zwar ist dies die Aufgabe der Schule, die sie zu lösen hat.“

Das Deutsch des Herrn Göpfert entspricht ganz dem Inhalt seiner Rede.

unaufhörlich der Kampf gegen jede nationale Bewegung geführt worden sei. „Vor allem sind die nationalsozialistischen Bestrebungen tagtäglich diffamiert worden. Der „Vorwärts“ war nicht mehr zu ertragen.“ Der Leiter der Bundesschule beschränkt sich aber nicht auf diese Klagen und ihren entsprechenden Niederschlag in seiner „Schulungsarbeit“. Am 13. März berichtet er: „Wir bereiten an der Bundesschule eine Entschließung vor, in der die Gewerkschaftsspitzen aufgefordert werden, Brücken zum Nationalsozialismus zu schlagen.“ Diesen Brückensatz hat Dr. Seelbach schon einige Tage zuvor auf eigene Faust begonnen, als er anlässlich der Besetzung der Bundesschule durch die SA, sich mit den Führern der SA, so freundschaftlich unterhielt, daß diese ihm zum Schluß vorschlugen, der NSDAP, beizutreten. „Ich wies darauf hin“, schreibt Dr. Seelbach, „daß wir hofften, über unseren Bundesvorstand zu einer gemeinsamen Arbeit zu gelangen...“ Und nach der — vorübergehenden — Freigabe der Schule durch Göring heißt es am selben Tage: „Die Hakenkreuzfahne, die im Laufe des Vormittags gehißt war, wehte weiter an unserem Fahnenmast, als die SA- und SS-Formationen abrückten.“

Wie wir es sehen.

Mit einem Gefühl des Eekels und der Scham liest man diese Aufzeichnungen eines Renegaten, aus denen deutlich hervorgeht, wie das große Gebäude der Arbeiterbewegung von einzelnen ihrer Funktionäre unterminiert wurde, denen man im Vertrauen auf ihre Ehrlichkeit und Anständigkeit verantwortliche Positionen eingeräumt hatte. Diese im Grunde antisozialistischen Elemente waren es vor allem, die auf eine Loslösung der Gewerkschaften von der Partei hinsteuerten und die Bürokratisierung des Gewerkschaftsapparates geschickt ausnutzten, um den revolutionären Kampfegeist in den Gewerkschaften zu ertöten und ihre Anpassung an die bestehenden Zustände zu fördern.

Welche Lehren ergeben sich daraus? Die Krise, die jetzt die gesamte Arbeiterbewegung durchmacht, läßt rückschauend erkennen, daß die allzu starke Konzentration der Gewerkschaften auf die Tagesarbeit ihren Blick für die großen politischen und sozialen Probleme trübte, die Bürokratisierung der Bewegung förderte, den Kampfegeist und den Kampfwillen lähmte. Auf diesem Boden entstanden jene Strömungen, die auf eine Distanzierung der Gewerkschaften von der politischen Partei und vom Marxismus hinarbeiteten und so gerne die „praktische Arbeit“ gegen die „sozialistische Theorie“ und die „Theoretiker“ ausspielten. Nur in dieser Atmosphäre konnte es möglich werden, daß Typen vom Schlage des Konjunktursozialisten Seelbach an einflussreiche Stellen gelangten und die Gewerkschaftspolitik mit beeinflussen konnten.

Aus diesen Erfahrungen muß man lernen. Mögen die Gewerkschaften heute durch die Diktatur erdrosselt sein, die freie gewerkschaftliche Bewegung, die proletarische Selbstverwaltung, die genossenschaftliche Selbsthilfe wird wiederkommen, wenn die deutsche Arbeiterschaft die Ketten der

Knechtschaft zerreißen und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wird. Sie wird dann darüber zu wachen haben, daß die Gewerkschaften nicht zum zweiten Male durch eine Politik der Anpassung an die jeweilige Lage in den Selbstmord getrieben werden. **Die Gewerkschaften der Zukunft werden Kampfgewerkschaften für den Sozialismus sein oder sie werden nicht sein!** Die Tagebuchaufzeichnungen des Renegaten Seelbach, die das Gegenteil beweisen wollen, liefern — gegen den Willen des Verfassers — den Beweis für die Notwendigkeit des kämpferischen Sozialismus auch in der gewerkschaftlichen Bewegung.

Die Langeweile

Der Maulkorb und seine Folgen

Man kann es immerhin als Selbsterkenntnis werten, wenn ein gleichgeschaltetes Blatt von ehemals großem Namen, wenn die „Frankfurter Zeitung“ in einem langen Artikel die Frage erörtert „Sind wir langweilig?“ — Natürlich darf man eine offene Darlegung der Gründe, die zur Belohnung der Frage führen müssen, nicht erwarten. Die Bemaulungskorben des Dritten Reiches suchen allenfalls, zwischen den Zeilen das anzudeuten, was in den Zeilen nicht gesagt werden darf. Dazu wird ein möglichst abstrakter Stil erfinden, die deutsche Sprache in mystisch-geschraubte Wendungen hineingeküßt, von „Gegebenheit“ und „Wirklichkeitsnähe“ gekostet, wo es sich in Wahrheit um ganz konkrete Tatbestände handelt.

Wesentlich ist auch die Taktik, sich selber anklagen und die Brust zu klopfen, weil man — ach, wie schlimm — „ganz einfach vorerst mit den Verhältnissen nicht fertig werde“, welche Selbstanklage dann die Möglichkeit eröffnet, mit sanftem Tadel diesen Vorwurf auf die Nazipresse auszuweichen, der es „vor dem überwältigenden Applik vollendeter und unausweichlicher Tatsachen“ nicht gelinge, den Uebergang der früheren „Kampfstimmung“ (Yes: Pöbelhaftigkeit) zur „vorurteilsfreien Diskussion“ zu finden. Mit stärkerem Nachdruck darf die Frankfurterin sich über die „Unfairneß“ der ausländischen Pressekonkurrenz beklagen, die immer gerade solche Sachen breitsetzt, deren Diskussion „in Deutschland selbst unerwünscht oder gar störend“ (lies: der gleichgeschalteten Presse verboten) ist, so z. B. den Kirchenstreit, der doch ein „rein geistiges und geistliches Problem“ sei... Wir begreifen den Schmerz!

An einer Stelle aber kann die Frankfurterin aber doch nicht unterlassen, den Urgrund des Problems wenigstens anzudeuten, indem sie schreibt:

„Man hat uns alle zur ausbauenden Kritik eingeladen, aber es sind allzu viele Zweifel möglich, wie das Wort aufbauend hier oder dort im Einzelfall zu verstehen sei.“

In nicht-gleichgeschaltetem Deutsch übersetzt heißt das: Theoretisch hat man uns Kritik gestattet, in der Praxis aber wird jede Kritik, namentlich jede notwendige und wichtige Kritik als „zersetzende“ verboten.

Das ist der entscheidende Punkt. Das ist es, was der Leser der gleichgeschalteten Presse als

ihre „Langeweile“ empfindet: daß dort, wo sein gerader Instinkt Widerstand gegen die Richtigkeit und Schlüssigkeit offizieller Darlegungen leisten möchte, die Zeitung, statt ihm zu helfen, verlegen schweigt. Es ist wie im Weltkrieg (obwohl unter der Kriegszensur die Presse, gegen die Zustände des Dritten Reiches gehalten, geradezu goldene Freiheit genoß!), gegen dessen Ende der Führer der Konservativen enttäuscht und entsetzt ausrief: „Man hat uns belogen und betrogen!“

Merkt nicht heute schon der Deutsche, der nur ein wenig denkt, wie er belogen und betrogen wird? Da erfolgt jetzt z. B. die Katastrophe der Außenhandelspolitik, die riesige Passivität der Handelsbilanz, der Devisenschwund und als Folge die Drosselung der Einfuhr. Wer hat diese — durchaus vorauszuweisende — Katastrophe in Deutschland voraussagen dürfen? Wer durfte warnen, wer durfte rechtzeitig kritisieren?

Natürlich war es für die Gleichgeschalteten gänzlich ausgeschlossen, etwa auf die gesteigerte Einfuhr der Rüstungs-Rohstoffe wie Kupfer, Eisenerze, Nickel und dergleichen hinzuweisen. Aber nicht einmal da, wo eine ganz tolle und selbst vom Standpunkt der Rüstungspolitik aus unverantwortliche Verschwendung des knappen Devisenvorrates stattfand, durften sie den Mund auf tun. Wir weisen auf einen markanten Fall hin:

Vor ein paar Monaten führte der großwahnsinnige, phantastische Schwätzer Dr. Ley das Bedürfnis, seine „Arbeitsfront“ mit einheitlichen „Festanzügen“ auszustaffieren. Hauptzweck des Planes war allerdings, eine unzufrieden werdende Schicht von Kleingewerbetreibenden, die Schneidermeister, durch hohe Aufträge wieder an die Nazibewegung zu ketten. Jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollte verpflichtet sein, einen solchen Anzug zu erwerben, an sich schon eine unsinnige Verschwendung von Volksvermögen. In diesem Falle aber kam hinzu, daß die Rohstoffe für diese Anzüge aus dem Auslande, also gegen Devisen importiert werden müssen. Dies nachdem bereits für die diversesten Uniformierungen (SA, SS, Arbeitsdienst, zivile Parteilfunktionäre, Luftschutz usw.) ungeheure Mengen von Textilrohstoffen und Leder hatten eingeführt werden müssen. Man beachte, daß die aus diesen Rohstoffen hergestellten Produkte samt und sonders im Inland bleiben, daß sie für den Export wegen ihres Uniformcharakters sogar absolut unbrauchbar und wertlos sind. Hätte nun, so fragen wir, nicht irgend eine Zeitung, die als ernsthaft gelten wollte, auftreten und sagen müssen: „Unsere Devisenlage gestattet diesen unsinnigen Luxus der Festanzüge nicht?“ — Statt dessen lagen sie alle vor der Genialität und dem Einfallreichtum des Dr. Ley platt auf dem Bauch!

Soeben hat der Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk einen (unzureichenden) Einblick in die deutsche Pump- und Schuldenwirtschaft gegeben. Er hat eine „Vorbelastung“ der fünf kommenden Etatjahre in Höhe von sechs Milliarden Mark zugegeben, wahrscheinlich sind es acht oder zehn Milliarden. Kein Parlament, keine Presse, keine Öffentlichkeit prüft den Etat nach. Bis zur Katastrophe hat man alles schön und gut zu finden.

Oder noch eins: Die Sparkassen werden zu Beginn des März durch „Lockerung der Anlagevorschriften“ vom Reichswirtschaftsminister „in die Lage versetzt, die Finanzierung eines Teiles der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen.“ Mit anderen Worten: genau wie im Kriege, genau wie vor der Inflation wird jetzt das letzte Reservoir angebohrt, das Geld der Sparer für unproduktive Ausgaben genommen. Wie sie ihr Geld einmal wiederbekommen, das ist eine spätere Sorge, — wahrscheinlich gar nicht. — Und wieder darf niemand hiergegen Protest erheben, niemand die Sparer warnen, niemand die Erhaltung ihrer Spareinlagen fordern.

Es ist in Wahrheit etwas viel schlimmeres als „Langeweile“, was hinter der Uniformität der Presse lauert: es ist der Mangel jeder notwendigen Kritik, der einmal die Katastrophe dieses Systems herbeiführen wird.

Julius Civilis.

Ergehört dem Autotechniker!

Im »Berliner Filmkurier« schmückt ein Gleichgeschalteter über einen gänzlich unwesentlichen, aber sehr aufdringlichen Nazischauspieler. Das »Portrait« sieht so aus:

„Wenn wir uns mit diesem interessanten Gesicht auseinandersetzen, so beabsichtigen wir, sein Werden und Schaffen schlicht zu umreißen... Der Schauspieler sollte immer, auf seine geistige und seelische Gesundheit pochend, an seine Aufgaben herangehen... Hinter dem klaren Auge lauert die verhaltene Glut... und der beherrschte Mund verrät die Besessenheit... Stirne, Kinn, Hände, der elektrisch geladene Körper gehören dem Autotechniker... Er geht und springt mit Rhythmus in der Szene (!)... Stählern geformt und mit Blut gefüllt ist die hämmende Sprache... Sparsam haushaltet er mit den starken Schwingungen seines gesunden Herzens. Was es ihm möglich macht, sich blitzartig umzustellen. (!) Erblüht ist er äußerst günstig vorbelastet. Das mütterliche Bauernblut im Körper...“

So unfreiwillig humoristisch sieht es nun in den »geistigen« Bezirken des Dritten Reiches aus!

Hünd'sche Perspektive

Auf einer Tagung der Hundezüchter in Magdeburg erklärte der Redner, daß die deutsche Regierung die Förderung der Rassenhundezucht als ein äußerst wichtiges Gebot ansehe. Man müsse von jedem Deutschen verlangen, daß er sich einen Hund halte!

Es wird die Hungernden und Ausgesteuerten freuen, daß man ihnen so markig ins Gewissen redet!

Mit 850 Mark Wohlfahrts-»Unterstützung« in der Woche und einem Rassehund an der Leine, ist man ja wohl endgültig ins Paradies des »Dritten Reiches« eingezogen!

Kaiserdenkmal im Dritten Reich. Der Lübecker Senat hat beschlossen, ein Denkmal für Wilhelm I. zu bauen. Eine monarchistische Demonstration? Aber nein! Die Begründung lautet: Arbeitsbeschaffung!

Tönende Barbaren!

Aus einer Musik-Kritik des „Völkischen Beobachters“:

„Die Welle der nationalsozialistischen Revolution hat den Juden Arnold Schönberg beseitigt, jenen Fanatiker der Atonalität, der einem unantastbaren Wort zufolge in ärztliche Verwahrung oder wegen Betruges in eine dafür geeignete Anstalt gehört... Nun aber ist die Zeit reif, um auch einmal diejenigen an den Pranger zu stellen, denen Schönberg überhaupt die Möglichkeit verdankt, seinen zersetzenden Einfluß geltend zu machen. Zu ihnen gehört auch die Pianistin Elise C. Kraus... Es liegt nicht in meiner Absicht, dem musikalischen Irrsinn dieses Abends auch nur ein kritisches Wort zu widmen, es wäre eine Herabsetzung der deutschen Musikerschaft. Es hätte nicht viel gefehlt, daß sich der Saal in einen Kampfplatz verwandelte. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Musikwelt diese Verhöhnung heiligster Empfindungen nicht unerwidert läßt, die Angelegenheit wird noch ein Nachspiel haben... Zu prüfen wäre, wie weit sich die fanatische Atonalistenpropaganda der Elise C. Kraus mit ihrer Hochschulen-Lehrfähigkeit vereinigen läßt.“

Wir empfehlen ein einfaches Rezept: gegen derart unmenschliches Atonalisten hilft nur

der „Aufmarsch der Nation“ und das „Erschließen auf der Flucht“ mit dem Horst-Wessel-Lied zum Abschluß.

Partei-Intendant gesucht

Ein Inserat im braunen Blätterwald:

„Die Stelle des Intendanten des deutschen Volkstheaters (Stadttheater) Erfurt soll für die Spielzeit 1934/35 neu besetzt werden. Bewerbungen mit Lebenslauf, Material und Anstellungsforderung schriftlich erbeten. Voraussetzung ist nationalsozialistisches Bekenntnis...“

Oberbürgermeister Erfurt (Rathaus.)

Photographien, möglichst im Braunhemd und mit gesinnungstüchtig erhobener Hand, erwünscht. Talent Nebensache.

Ihr Ruhm...

Aus einer Vortragsbesprechung Richard Euringers im Dortmunder Naziorgan: Wolf Huitermann von Langeweyde (nicht Langeweile):

„Der Faustkampf des Geistes beginnt erst...“

„Was haben sie geistig denn geleistet Eure Künstler, Eure Kämpfer?“ fragen die geistig Gestrigen, die noch heute den Ruhm verteilen.

„Sie haben erkämpft den neuen Geist (!!), der euch „Geistigen“ nicht anweht! (!)“

„Es ist Ihr Ruhm“, sagte neulich der Reichsdramaturg im Gespräch vom Mikrophon mit dem Reichsführer der Jugend, „es

ist Ihr namenloser Ruhm, daß sie keine Zeit gefunden, Bücher zu schreiben... Sie haben eropiert die Revolution...“

Wenn es sonst auch noch kein Verdienst war, keine Bücher zu schreiben — bei dem „Niveau“ dieser geistigen Faustkämpfer ist es eins.

Noch eine Frage: Was reden denn diese rassegeprüften Urgermanen untereinander für ein merkwürdiges Deutsch?

Hitlerkitsch

Die Hitlerbehörden haben die Herstellung der folgenden Hakenkreuzgrel für zulässig erklärt:

Schluphalter in Hakenkreuzform, Bild des Führers in Gobelweberei, Lesezeichen aus Zelluloid mit Hakenkreuz oder schwarz-weißem Wappen, Kindergarnituren, bestehend aus braunem Hemd mit schwarzem Schlops, schwarzer Kappe, Schulterriemen und Leibgurt mit Hakenkreuz, aus Pappe geprägte Bilder des Reichskanzlers, Fahnenstangenverzierungen in Form eines in einem Ringe befindlichen Hakenkreuzes, Hitlerplakette (Entwurf Paul Wind), ein gezeichnetes, in Kupferdruck ausgeführtes Bild des Reichskanzlers (en face-Bildnis), ein Erinnerungsblatt aus hellbrauner Pappe mit dem in braunem Linoleumdruck ausgeführten und braun umrandeten Text: Der Furcht so fern, dem Tod so nah, heil Dir, SA, links oben braun umrandeter Ausschnitt für Photographie bestimmt, darunter SA-Abzeichen in Braun.

Warum Kinderlampens mit Hitlerbild für

unzulässig erklärt wurden, oder eine Stiefelwische mit der Marke SA und SS, entzieht sich der Kenntnis. Sie hätten ganz gut zu den übrigen Greweln gepaßt!

Immer lächelnd!

Unter dem Titel: „Richtig servieren ist eine Kunst“ — Kurse der „Deutschen Arbeitsfront für Kellnerinnen“ liest man, neben anderen schlecht gemeinten Ratschlägen für die Proletarierinnen die folgende „Berufsregel“:

„Was auch sein mag — immer ein freundliches Gesicht machen...“

Ob man mit „Heil Hitler“ fristlos entlassen wird oder ob der karge Lohn sinkt —, die Hauptsache ist, immer ein freundliches Gesicht zu machen! Hier findet man — in einem Satz — das ganze Programm des braunen „Sozialismus“!

Säugling mit Fahrmesser

Die »Bayr. Ostwacht« vom 21. März meldet:

Die Patenstelle übernommen hat Innenminister Wagner bei dem 7. Knaben der Oekonomensehule Andreas und Kreszozia Meier. Als Patengeschenk erhielt der kleine Adolf 50 RM. und ein Fahrmesser für die HJ.

Die Fahrmesser der Hitlerjugend sind große Messer mit feststehender Klinge, die die Inschrift trägt: »Blut und Ehre.«

Hitler rüstet - das deutsche Volk bezahlt

Der Reichsetat des Betrugs. — Eine Musterleistung nordischer Finanzwissenschaft

Allmählich werden Einzelheiten aus dem neuen Etat bekannt und, was sie erkennen lassen, übertrifft doch noch die Erwartungen selbst pessimistischer Kritiker. Lassen wir vor jeder Kritik die Ziffern, soweit sie bis jetzt zugänglich sind, selbst sprechen.

Zunächst die offizielle Erhöhung der Rüstungsausgaben. Die fortwährenden Ausgaben des Reichswehrministeriums steigen von 584 auf 706 Millionen; die einmaligen von 87 auf 188 Millionen. Das Luftfahrtministerium, das unter Göring im Vorjahre mit 73 Millionen begründet worden war, springt jetzt auf 191 Millionen fortwährender Ausgaben, wobei 50 Millionen auf den »Luftschutz« entfallen. Die einmaligen Ausgaben erhöhen sich von 5 auf 17 Millionen. Man macht heute gar kein Hehl mehr daraus, daß dieses Ministerium vor allem militärischen Zwecken dient.

Die Erhöhungen machen somit die Kleinigkeit von 353 Millionen aus; mit 1102 Millionen betragen die Wehrausgaben ungefähr ein Sechstel der Gesamtausgaben von 6458 Millionen. Dazu kommen 250 Millionen, die neu im Etat witzigerweise in dem der allgemeinen Finanzverwaltung — erscheinen für die SA und den Arbeitsdienst. Diese Viertelmilliarde stellt einen Teil der Kosten zur Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht dar. Insgesamt ergeben sich also 600 Millionen Mehrausgaben für Rüstungen, d. h., der Wehretat wird ungefähr verdoppelt.

Nun wäre es ganz falsch, in den 1652 Millionen etwa die Kosten für die gesamten Wehrausgaben zu sehen. Seit der Rede Krosigks ist es ja offiziell, daß das Budget nicht die gesamten Ausgaben enthält, sondern daß darüber hinaus Ausgaben in einer Höhe, die nicht genau bekannt gegeben wird, auf Pump gemacht werden. Und zu diesen Ausgaben unbekannter Höhe gehören in erster Linie die Sachausgaben für die Aufrüstung, für die Anschaffung des Kriegsmaterials, der Luftfahrzeuge, die Kosten für die Vorbereitung der Serientabrikation usw., die alle mittels Wechsel finanziert werden.

Die 1652 Millionen sind also nur ein Teilbetrag und es ist nicht verwunderlich, daß der neue deutsche Beitrag zur Abrüstungskonferenz selbst in England ein „leises Unbehagen“ auslöst.

Der Charakter nationalsozialistischer Finanzpolitik verrät sich aber nicht nur in den Ausgabensteigerungen, sondern ebenso in den Senkungen. Die Ausgaben fast aller Ressorts sind erhöht — der Generalinspektor für das Straßenwesen z. B. erfordert 36 Millionen — aber mit einer bedeutsamen Ausnahme: beim Arbeitsministerium ist eine erhebliche Entlastung entstanden. Für die Wohlfahrtspflege werden 120 statt 204 Millionen angesetzt, für die Arbeitslosenhilfe 265 statt 520! Im Etat von 1932 betrug dieser Posten noch 929 Millionen.

Um 339 Millionen sind die sozialen Ausgaben vermindert worden, fast genau der gleiche Betrag, um den der

Wehretat gesteigert worden ist. Das nennt man doch mit Recht: ausbalancierter Etat!

So weit, so klar, beißend klar! Trotzdem gibt dieser Etat Rätsel auf, unge löste Rätsel und wir würden doch so gern die Lösung erfahren! Dieser Etat 1934 war doch sehr erheblich vorbelastet. Herr Krosigk, der Finanzminister, hat es ja wieder in Erinnerung gerufen. 2 Milliarden Defizit und 4 Milliarden weitere Schulden durch Steuergutscheine, Arbeitsbeschaffungswechsel, Schatzanweisungen für Bankensanierung usw., also 6 Milliarden gepumptes, z. T. recht kurzfristiges Geld, — wie viel von dieser Vorbelastung wird eigentlich in diesem Jahre abgetragen? Warum schweigt Krosigk gerade davon, wenn es um die konkreten Ziffern dieses Jahres geht?

Einst als Ministerialdirektor des „marxistischen Systems“ hatte er sich doch so sehr um Budgetklarheit bemüht und sich dabei unleugbare Verdienste erworben. Wie steht es also mit der Vorbelastung des Jahres 1934?

Am 28. Februar betrug die Summe der schwebenden Schuld des Reiches 2243,4 Millionen. An Steuergutscheinen waren im Umlauf 1326,3 Millionen. Dazu waren 600 Millionen Steuergutscheine als „Sicherheit“ für die Ausstellung von Arbeitsbeschaffungswechseln der Reichsbank überlassen. Der Umlauf von Steuergutscheinen wird sich noch leicht erhöhen, aber bleiben wir bei dieser Summe von rund 2 Milliarden. Sie sollten je zu einem Fünftel in den Etat von 1934 bis 1938 abgedeckt werden. Also entfallen auf den vorliegenden Etat 400 Millionen zur Einlösung. Im Haushalt werden aber nur 285 Millionen für Einlösung von Steuergutscheinen eingesetzt. Das bedeutet, daß die Steuergutscheine der Reichsbank von denen 120 Millionen, der fünfte Teil der 600, in diesem Jahre zur Einlösung bestimmt sind, überhaupt nicht eingelöst werden.

Die „Sicherheit“ für die ausgegebenen Arbeitsbeschaffungswechsel ist zur Sicherheit ihrer Uneinlösbarkeit geworden, die Wechsel sind laue Wechsel.

Wir wären sehr begierig, zu erfahren, welche Abschreibungen Herr Schacht, der ehrbare Kaufmann, auf diesen Posten vorgenommen hat, oder ob er gar fortfährt, diese „Sicherheiten“ gegen besseres Wissen in voller Höhe in der Bilanz weiterzuführen!

Aber der Etat 1934 war ja nicht nur durch die Steuergutscheine vorbelastet. Dazu kommt die Belastung aus den Arbeitsbeschaffungsprogrammen von Papen, Gereke und Reinhardt. Die Gesamtbelastung hat der Finanzminister Krosigk im „Finanziellen Ueberblick“ auf 917 Millionen für das Jahr 1934 angegeben. (Dabei fehlen wahrscheinlich noch 210 Millionen für Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse, aber auf eine Fünftelmilliarde kommt es bei dieser Finanzwirtschaft bald wirklich nicht mehr an.) Wie steht es also damit? Nun, es bestätigt sich die Vermutung, die wir hier vorige Woche geäußert haben: auf Kosten neuer Belastungen der künftigen Etats, die alle bis 1940 mindestens mit einer Milliarde pro Jahr vorbelastet sind, werden die letzten Reserven ausgekehrt. Als die schwebende Schuld noch nicht die Hälfte der jetzigen betrug, erzwang Schacht die Einstellung von 420 Millionen jährlich zur Schuldentilgung; im ersten Hitlerjahr wurde die Tilgung auf 100 reduziert. Jetzt wo neben der offiziellen schwebenden Schuld von 2,2 Milliarden noch der Pump auf „Wechseln“ von 4 Milliarden, um bei den zweifelhaften Ausgaben von Krosigk zu bleiben, besteht, wird der Betrag ganz gestrichen: Ersparnis 100 Millionen. Das Garantievermögen für Exportkredite und der Anleihtilgungsfonds werden aufgelöst, die Wertpapiere verkauft und dafür rund 300 Millionen Erlöse; ferner sollen in diesem Jahre 200 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn statt 100 wie im Vorjahr verkauft werden; 100 Millionen werden dadurch erspart, daß man die Auslösung der Altbesitzanleihe in diesem Finanz-

Jahr zur Hälfte vornimmt und rund 100 Millionen sollen auf — Anleihe genommen werden! Ausgeglicherer Etat! Freilich muß man Herrn Krosigk zugeben, daß er die Finanzwissenschaft — wenn auch nicht die Finanzen — bereichert hat.

Kleine Summen borgt man und weist sie im Etat aus. Sie heißen dann Anleihe. Große, unverschämte große Summen verschafft man sich mit Hilfe der Notenbank durch Wechselreiterei und spricht dann von Pump. Eine neue, die nordische Finanzwissenschaft ist im Entstehen.

So erreicht Krosigk einen ausgeglichenen Etat: durch Einstellung der Schuldentilgung, durch neue Schulden und Ausverkauf, durch neue Vorbelastung des nächsten Etats verschafft sich der Finanzminister rund 700 Millionen und einen ruhigen Schlaf und die Ausgaben, für die auch diese Art Deckung versagt, erscheinen eben nicht im Etat. Schlaf Krosigk, schlaf, der Deutsche ist ein Schaf!

Fehlt immer noch etwas? Dann kann man doch zum Ausgleich des Etats die Steuerschätzungen heraufsetzen. Man hat es ausgiebig getan: die konjunkturrempfindlichen Steuerschätzungen sind um nicht weniger als um 300 Millionen heraufgesetzt worden, die Umsatzsteuer allein um 200, von 1500 auf

1700 Millionen, die Körperschaftssteuer um 80, von 100 auf 180 Millionen. Die gute Konjunktur für Schätzungen ist unzweifelhaft vorhanden, aber daß sie durch eine glänzende Wirtschaftskonjunktur gerechtfertigt wird, ist nicht anzunehmen. Unsere Etatkritik ist nicht erschöpfend. Dazu fehlen uns bisher noch eine Reihe Unterlagen. Aber selbst das unvollständige Material läßt keinen Zweifel daran, daß dieser Etat nichts weniger als wirklich ausgeglichen ist, daß er künstlich durch vollständige Einstellung der Schuldentilgung, durch willkürliche Einnahmeschätzungen, durch Auflösung der letzten Reserven, durch Nichterfüllung seiner Einlöseverpflichtungen und neue Belastung der Zukunft einen vorgetäuschten Ausgleich auf dem Papier schafft. Aber selbst das ist noch nicht das Schlimmste. In Wirklichkeit verhält der Etat die wirkliche Finanzgebarung, vor allem die Höhe der Ausgaben: er verzeichnet nirgends die hunderte von Millionen für die Arbeitsbeschaffung, für die immer rascher anschwellenden Kosten der Unterhaltung der Armee und ihrer Ausrüstung, für die Riesensubsidien an die Landwirtschaft und Industrie und die Kosten der nationalsozialistischen Organisation. Er spiegelt getreulich den inneren Geist der nationalsozialistischen Politik: den Betrug!

Dr. Richard Kern.

Der Wahn

Ueberschriften aus einer einzigen Nummer des Schmutzblattes »Der Stürmer«, herausgegeben von dem Schmutzbold Julius Streicher:

„Die Juden in Oberschlesien. Sie erklären sich als Minderheit und spielen die Herren im Lande.“

Der Judenschwindel in der Schweiz. Die Juden in Schweden. Sie kommen ins Land und richten es zugrunde.“

Frauenschänder Raphaelsohn. Die gefaufte Jüdin. Jud Blumenfeld. Er mißhandelt eine deutsche Frau.“

Siegfried David. Der Rasseschänder von Aufseß. Hopfenjud. Kohnstamm. Er pirscht deutschen Mädchen nach.“

Deutsche Frauen kaufen beim Juden. Auch in Palästina wollen sie nicht arbeiten. Oppenheimer und Markuse. Einbrüche auf Bestellung. Juden im Bunde mit der Unterwelt.“

Jud Ansbacher. Der Hühnerschächter. Die Juden sind unser Unglück.“

Front des Geistes

Neue bemerkenswerte Veröffentlichungen.

Von der »Zeitschrift für Sozialismus« (Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad), der wissenschaftlich-theoretischen Monatschrift der deutschen Sozialdemokratie, ist Heft 7 erschienen. Es enthält folgende Aufsätze: Historicus: »1848 — 1934«, S. A. Hauser: »Organisation der revolutionären Massenbewegung«, Max Klinger: »Unbelehrbar. Die Komintern und das Prager Manifest«, Willi Müller: »Gegen Argumente des Konservatismus«, Fritz Bieligk: »Die evolutionäre Organisation«. Im ersten Aufsatz, der Wien 1848 und 1934 vergleicht, heißt es:

„Es ist richtig, daß jede große historische Niederlage der Demokratie und der Arbeiterbewegung eine schmerzliche und langwierige Periode einleitet, in der die Kräfte zu einem neuen Aufstieg gesammelt werden können. Historische Prophezeiungen sind eine undankbare Angelegenheit. Dennoch ist es ganz ausgeschlossen, daß das System Döllfuß sich nach seinem Siege im Straßenkampf ebenso stabilisieren kann, wie es sich das System Franz Josefs leisten konnte. Ebensovienig kann Hitler heute die politische Dauerhaftigkeit Napoleons III. nachahmen.“

Das offizielle theoretische Organ der Sozialistischen Partei Amerikas, »The American socialist quarterly«, enthält neben Aufsätzen über Roosevelts Politik, über Sozialismus und Demokratie einen Aufsatz von Th. Dan über: »Die deutsche Katastrophe«.

In Paris ist in der Bibliothéque de la Bataille Sozialiste eine Schrift von Theodor Dan erschienen: »Les socialistes russes et la

dictature du proletariat« (Die russischen Sozialisten und die Diktatur des Proletariats).

Ab 15. April erscheint in Prag (Adresse Dr. Fröhlich, Prag VII., Šimáčkova 2. III) Europäische Hefte, Wochenschrift für Politik, Kultur und Wirtschaft, herausgegeben von Dr. Willi Schlamm.

Das Internationale Aerztliche Bulletin Nr. 314 (Prag XII., Caslavská 15) zitiert eine Anklagerede gegen die Vivisektion des Proletariats, die der englische Staatsrat Dr. J. Simon vor fünfzig Jahren auf dem internationalen medizinischen Kongreß gehalten hat.

»Der Aufruf«, Streitschrift für Menschenrechte, Prag, bringt in seiner Osternummer einen Vorabdruck von Heinrich Manns »Schule in der Emigration«.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei treuer Zustellung Kč 18.—) Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes 0,30 (3,60), Belgien Frs 2.— (24.—) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold 0,30 (3,60), Deutschland Mk 0,25 (3.—), Estland E. Kr 0,22 (2,64), Finnland Fmk 4.— (48.—), Frankreich Frs 1,50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh 4.—) Holland Gld 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B Frs 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P Pf 0,018 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F Fr 1,50 (18.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (0,96).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 16.149. Oesterreich: Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: Neuer Vorwärts«. Karlsbad. Warschau 190.163. Schweiz: Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto Neuer Vorwärts«. Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad Konto Neuer Vorwärts«. Beograd Nr. 51.605. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Spezialist zur Fabrikation von Thermometern gesucht

Angebote erbeten unter Chiffre: »Spezialist« an die Verwaltung des »Neuen Vorwärts«, Karlsbad.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Ich bestelle den »Neuen Vorwärts« und erwarte regelmäßige Lieferung von nächster Nummer an.

Name und Vorname

Wohnort und Postamt

Straße und Hausnummer

Diesen Bestellschein bitte ausfüllen, ausschneiden und an: Verwaltung »Neuer Vorwärts«, Karlsbad, CSR., Haus »Graphia«, senden.